

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postbesetzung** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Wirths Mahnungen an die Entente.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der United Telegraph verbreitet ein Interview, das der Reichskanzler mit dem Berliner Vertreter der United-Press gehabt hat. Darin heißt es, daß Wirth klar erkennen lasse, daß sein Finanzprogramm gefährdet und der Sturz des Kabinetts drohe, wenn die Regierung in den Fragen Oberbesetzung und der Aufhebung der Sanktionen mit leeren Händen käme. Diese Lage ist dem englischen Gesandten Lord Abernethy dargelegt worden. Wirth führte in dem Interview ergänzend aus, daß dies nicht eine Drohung oder ein Druck auf die Entente sei, sondern die genaue Lage, mit der die Entente rechnen muß. Der Reichskanzler erklärt, die Aufhebung der Entscheidung über Oberbesetzung und der Aufhebung der Sanktionen hemmt unsere Entwicklung sehr. Das vorzüglichste Echo, das unser Volk bei ihrem Beginn in der Welt, Frankreich eingeschlossen, fand, überzeugt uns, daß wir auf dem rechten Wege sind, um so mehr war die neue scharfe Oberbesetzungs-Note Briand's für mich ein Schlag ins Gesicht und ich frage mich, ob Frankreich wirklich wünscht, zu einer Verständigung mit uns zu gelangen. Ich muß mich fragen, ob ich es mit meinem Gewissen vereinbaren kann, im Herbst vor dem Reichstag zu erscheinen, und ihm zu sagen, ich habe Ihnen die Tatsachen vergeblich geteilt und bringe Ihnen nichts. Ich muß auf meine eigene Frage antworten, daß ich das nicht tun würde. Der Reichstag würde das Finanzprogramm niemals genehmigen und ohne dieses ist das Kabinett Wirth-Kathenau lebensunfähig. Ohne weitere Anspielung auf die oberste Ansetzung zählte Wirth die durch seine Regierung bewirkten Errungenschaften auf, indem er schloß, daß dies die Bereitwilligkeit der neuen Regierung zeige. Dann fuhr er fort: „Ich übernehme die Reichskanzlerschaft nicht der bloßen Ehre dieser Stellung wegen oder etwa, damit ein bedeutungsloses Ja an das Ultimatum gesichert würde. Ich bitte die Regierung, um das Ultimatum ehrlich zu erfüllen. Unsere Aufsichtspflicht ist durch die Tat bewiesen. Wir haben die verlangten Summen lange vor den festgesetzten Daten erlegt und wir sind überzeugt, daß die erste Milliarde mit Unterstützung der Banken bis Ende August bezahlt sein wird. Wir erfüllen auch pünktlich die zweite Forderung des Ultimatum, die Entlastung. Wir entlasteten die öffentlichen Rechnungen, rufen den Selbstschutz auf und sind heute ein Volk ohne Waffen. Wir sind weiter gewillt, Frankreich auf jedem von ihm gewünschten Wege wieder aufzubauen. Es kann kein einziger Mensch schreiben. Wir wünschen ehrlich eine freundschaftliche Verständigung mit Frankreich. Das sind keine bloßen Worte, sondern unsere wirklichen Gesinnungen, da wir beide Länder schädlich und den Weltfrieden verunruhigen. Das ist kein eigenmächtiges Interesse, sondern das Interesse der Welt und letztlich Frankreichs und Amerikas und jedermann in der Welt, einer Welt, die Ruhe braucht und die Möglichkeit zum Schaffen und etwas zu verschieben.“

Der Hunger in Rußland.

Moskau, 20. Juli. (D.N.) Ein amtlicher Funkpruch teilt mit, daß die Missernte in diesem Jahre in ungeheurem Umfange aufgetreten sei. Es leiden besonders die Gouvernements Cherson, die Gebiete um das Schwarze Meer, ferner Astrachan, Ufa, Saratow, Samara wie die Republiken der Taurer. Die Zahl der Hungernden beträgt rund 10 Millionen, und zwar nicht nur Arbeiter, sondern auch Bauern. Auf einen Appell der Regierung hat der allrussische Gewerkschaftsrat ein Drittel der Transportarbeiter einberufen, um die Zufuhr der Lebensmittel in die vom Hunger bedrohten Bezirke zu beschleunigen.

England zu den deutschen Kriegsverbrecher-Prozessen.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus London wird gemeldet: Der konservative Standard weist auf die Unzufriedenheit der rechtsstehenden deutschen Presse über die Leipziger Urteile hin und zieht daraus den Schluß, daß England mit dem Urteil zufrieden sein könne. Das Blatt meint, daß die Urteile als solche eine historische Bedeutung hätten. Es geht dann auf die französische Forderung ein, die Verhandlungen vor einem alliierten Gerichtshof fortzusetzen und sagt, offenbar auf Grund guter Informationen, daß die britischen Vertreter mit dem Gang der Verhandlungen zufrieden seien und die Ansicht vertreten, daß in den auf Verlangen Englands verhandelten Fällen der Gerechtigkeit Genüge geschehen sei. Die englische Regierung wird sich Briand's Forderung, die Leipziger Verhandlungen nicht anzuerkennen, nicht anschließen.

Einem Bericht des Daily Telegraph zufolge hat die britische Kommission, die aus Leipzig nach England zurückgekehrt ist, sich dahin ausgesprochen, daß die Leipziger Urteile nicht in vollem Maße befriedigen, daß sie aber kaum Veranlassung geben könnten, die noch beim Reichsgericht vorliegenden englischen Aufträge zurückzuziehen.

Reparationsgewinnler, ans Werk! Eine Verordnung über die Sachleistungen für den Wiederaufbau.

Berlin, 21. Juni. Die Botschaft Zeitung veröffentlicht einen Auszug aus der Verordnung über Sachleistungen für den Wiederaufbau. Die Verordnung geht von der Grundbestimmung aus, daß die für den Wiederaufbau erforderlichen Warenlieferungen

nach Möglichkeit auf dem Wege freier Vereinbarung aufzubringen sind. Nur soweit sie auf diesem Wege nicht beschafft werden können, sollen sie von Leistungserbringern oder von den Inhabern der einzelnen Betriebe selbst angefordert werden. Leistungserbringern sind in erster Linie die Länder, daneben auch landwirtschaftliche, gewerbliche und kaufmännische Verbände mit Genehmigung des Reichsministers für den Wiederaufbau. Die Anforderung der Leistungen erfolgt durch die Anforderungsbehörde.

Eine eingehende Würdigung der Verordnung behalten wir uns vor, wenn sie uns im Wortlaut vorliegt. Soviel aber bis jetzt von ihr bekannt geworden ist, bedeutet sie einen Sieg des freien Handels und des kapitalistischen Preisbildungsprinzips. Wo bleibt das Versprechen des angeblich sozialistisch angehauchten Herrn Rathenau, daß keine Reparationsgewinnler geächtet werden sollen? Grau, lieber Rathenau, ist deine Theorie, doch grün des Reparationsgewinners goldener Baum!

Eine Entdeckung von zweifelhaftem Wert.

Paris, 20. Juli. Chicago Tribune schreibt: Internationale Juristen seien zu dem Schluß gelangt, daß die in London festgesetzte deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Mark die Gesamtentschädigung darstelle, welche die Alliierten von sämtlichen ehemals feindlichen Ländern, nicht aber von Deutschland allein zu beanspruchen hätten. Diese Auffassung, die sich auf Artikel 231 des Versailler Vertrags. Die Entscheidung bedeute nicht, daß die Verbündeten Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen würden, sondern daß die von ihnen bezahlten Beträge Deutschland zu erlassen seien. Ueber die Heranziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei noch nichts bestimmt, es könne sich aber nur um einen geringen Teil des Gesamtbetrags handeln.

Man stelle sich vor: die Reparationsbeträge, die die total bankrotten oder gar von „Kreditationen“ des Völkerbundes lebenden Staaten Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei zahlen werden, werden uns von der Gesamtsumme von 132 Goldmillarden abgezogen werden, falls die alliierten Regierungen sich der Ansicht ihrer Juristen anschließen sollten. In Wirklichkeit werden auch die optimistischsten Ententejuristen nicht erwarten, von diesen Staaten jemals einen roten Heller zu sehen, und wenn auch, so ist, wie wir schon oft betont haben, die Höhe der nominellen Gesamtsumme unserer Reparationsschuld praktisch ganz belanglos, von realer Bedeutung aber nur die Höhe der Jahresquoten, die für absehbare Zeit unabänderlich fixiert ist.

Zollkontrolle der Personenzüge an der Rheinzollgrenze.

Essen, 20. Juli. (D.N.) Auf Anordnung der Entente werden ab 20. Juli sämtliche aus dem besetzten Gebiet kommende und in das besetzte Gebiet fahrende Personenzüge (auch D-Züge) der Zollkontrolle unterzogen. Für Personenzüge und Eiszüge ist durchschnittlich 20 Minuten Aufenthalt, für D-Züge: 10 Minuten Aufenthalt festgesetzt worden.

Die Gleichheit vor dem Gesetz.

Eine neudeutsche Justizreform.

Der Reichsjustizminister Schiffer hatte nichts dagegen einzuwenden, daß ein Hochverräter wie der würdige Herr Traugott von Jagow gegen Hinterlegung von einer halben Million aus dem deuthationalen Verwörer- und Kampffonds aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Damit hatte Schiffer der verfassungsrechtlichen Gleichstellung aller Deutschen vor dem Strafrichter, wie er sie ausspricht, durchschlagendsten Ausdruck gegeben. Wer nicht zufällig berechtigter Teilnehmer an solchem Verwörer-Kampffonds ist und außerdem in der Wahl seiner Eltern nicht vorsichtig genug oder in der Schleier- und Auspöcker-Praxis nicht hinreichende Fertigkeit besitzt, muß die Untersuchungs-haft erbarungslos abtun.

Aber der Herr Reichsjustizminister hat doch noch einen Justizminister neben sich, der ihm über ist. Der preussische Justizminister Am Zehnhoff hat sich mit einer „Anregung“ durchgesetzt, alle Strafen bis zu einem Monat Gefängnis in Geldstrafen umzuwandeln wobei für jeden Tag 150 Mark angerechnet werden sollen. Schon wird diese Materie in einen Gesetzentwurf gekleidet. Auch diese Neuerung bedeutet in der Praxis trotz der buchstabenen Gleichheit für alle eine Bevorzugung der Besitzenden von Gefängnisstrafen. 4500 M. für einen Monat Gefängnis ist eine Bagatelle für den, der da hat, und eine unerschwingliche Summe für arme Schuldler, die ohnehin viel geringere Geldstrafen „abstehen“ müssen, weil sie selbst diese nicht aufbringen können.

Kongresshimmel in Moskau.

Moskau, 20. Juli. (D.N.) Am 16. Juli wurde der russische Kongress der bevollmächtigten Zentralausschüsse der russischen Gewerkschaftsverbände eröffnet. Lenin, der am Erschließen verhindert war, sandte eine Begrüßungsbotschaft. Der englische Vertreter versprach die Hilfe der englischen Gewerkschaften zur Anbahnung geordneter Handelsbeziehungen.

Ein Bekenntnis zum Reformismus.

Daß heute, in einer Zeit, da der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in sein letztes, entscheidendes Stadium eingetreten ist, da die Probleme der Umstellung der Gesellschaft zu Tagesfragen geworden sind, das Erfurter Programm, das in einer Zeit tiefster Ohnmacht des Proletariats entstanden ist, nicht mehr zureichend ist, darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit in den verschiedenen sozialistischen Lagern. Während aber unsere Partei in der Erkenntnis, daß im Augenblick des Kampfes, wenn sonst die theoretische Fundierung der Parteibewegung nur tief genug sei, in erster Linie ein Aktionsprogramm nötig und die Zeit für ein in Einzelheiten gehendes Partei-Programm noch nicht gekommen sei, sich mit der Aufstellung eines Aktionsprogrammes ebcnigte, beauftragte die rechtssozialistische Partei auf dem Parteitag zu Kassel im Sommer vorigen Jahres den Parteivorstand, mit der Ausarbeitung eines Parteiprogramms. Über der Entwurf eines neuen Partei-programms, der von der Programm-Kommission soeben vorgelegt und für den im Herbst in Götting stattfindenden Parteitag zur Diskussion gestellt wurde, ist bestenfalls als ein Aktionsprogramm zu werten, als ein Leitfadens für die Tätigkeit der politischen Vertreter der Partei. Fragt man es so auf, als Tätigkeitsprogramm für die nächste Zeit, so läßt sich darüber nichts weiter sagen, als daß es eine in kurzen Sätzen zusammengedrückte Darstellung der tendenzhaften rechtssozialistischen Augenblickspolitik ist. Soll es aber als prinzipielles Programm einer auf dem Boden des Marxismus stehenden sozialistischen Partei angesehen werden, so legt es wohl das traurigste Armutszeugnis ab für den Geist, der heute noch in den maßgebenden Kreisen dieser Partei herrscht. Es spricht aus ihm der Geist einer gemäßigten Arbeiterpartei, die vom Marxismus grade soviel läuten gehört hat, daß sie den Kapitalismus nicht für den idealen Endzustand der menschlichen Gesellschaft hält, aber ohne daß ihr die Erkenntnis der Zwangsläufigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, der Formen, in denen sie sich abspielt — Klassenkampf und Revolution in den Umfassungspunkten von einer Gesellschaftsordnung zur anderen — und dem Wesen der nächsten Entwicklungsstufe innewohnt. Die Rechtssozialisten oder zumindest die Mitglieder der Programm-Kommission erstreben nicht den Sozialismus, die vollständige Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf revolutionärem Wege, sondern eine Gesellschaftsordnung, in der der Kapitalismus im großen und ganzen beibehalten wird, gemildert nur durch eine — sehr ansehbare — Art Sozialisierung sehr weniger Industriezweige und durch einen etwas größeren politischen und wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiterschaft — Forderungen, die sich durchwegs im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung bewegen und höchstens als ein Anfang, nicht aber als das Ziel der Umstellung der Gesellschaftsordnung zu betrachten sind.

Wie wenig angekränelt von marxistischer Erkenntnis die Verfassung des rechtssozialistischen Parteiprogramms sind, läßt schon der Satz erkennen, den sie an die Spitze der Parteiforderungen gestellt haben: „Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß das Interesse der Allgemeinheit dem des Einzelnen oder des einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen ist“ — ein Satz von so gemeinplätlicher Natur, daß er eines Beteranenvereins würdig wäre, nicht aber einer ernsthaften sozialistischen Partei, die sich dessen bewußt sein müßte, daß es in der klassengepaltene Gesellschaft — und eine solche wird auch die nach dem rechtssozialistischen Parteiprogramm zu gestaltende sein — im Grunde genommen ja keine Allgemeinheit gibt, sondern nur Klassen, (im Programmentwurf beschönigend Erwerbsgruppen genannt) mit gegenwärtigen Interessen und daß erst durch den Sieg einer Klasse, der Arbeiterklasse, die Allgemeinheit geschaffen und ihr zu ihrem Rechte verholfen werden kann. Aber weiter. Was ist nun eigentlich der Sozialismus nach rechtssozialistischer Auffassung? Darüber gibt Punkt 2 der Forderungen Aufschluß: „Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe (ein kümmerlicher Erfolg für den viel konkreteren Begriff der Vergesellschaftung) und die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes“, aber natürlich nicht jeglichen kapitalistischen Privatbesitzes. Dem steht erstens der Nachsatz, der dieser kühnen Forderung geschwind auf dem Fuße folgt, entgegen — „Insbesondere sind die Bodenschätze und die Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen“ —, zweitens aber die höchst seltsame Forderung, die in Punkt 3 aufgestellt wird: „Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts).“

Das kann nichts anderes heißen, als daß, was im Aktionsprogramm der USPD, als nächste, sofort verwirklichtbare Forderung auftritt — die Sozialisierung der Bodenschätze und Kraftquellen — hier als das Maximum der Forderungen erscheint, während die Kartelle und Trusts, die eine so hohe Stufe der Kapitalkonzentration erreicht haben, daß sie im allgemeinen ohne weiteres als sozialisierungsreif anzusehen sind, nur unter staatliche Kontrolle zu stellen sind, die, wie man aus der Erfahrung zur Genüge weiß, ihnen nicht sehr wehe tun wird, und die übrigen kapitalistischen Unternehmungen völlige Freiheit genießen sollen, Ausbeu-

hinzugehört unter Wahrung gewisser sozialpolitischer Forderungen und Freiheit im Konkurrenzkampf und in der Ausweitung der konsumierenden „Allgemeinheit“. Über selbst für die Staatsbetriebe, deren Umwandlung in wahrhaft sozialistische Betriebe selbst für eine reformistische Arbeiterpartei keine allzu löhne Forderung ist, wird lediglich ein „Ausbau unter demokratischer Verwaltung“ gefordert.

So wenig kapitalistische Unternehmungen aber sozialisiert werden sollen, so ungenügend sind die Garantien, daß ihre Sozialisierung wirklich auf sozialistischen Grundfäden aufgebaut wird, daß sie mehr ist als eine bloße Verstaatlichung, die die kapitalistischen Wirtschaftsgrundfäden kaum antastet. Für die sozialisierten Betriebe werden nämlich bloß die Forderungen aufgestellt, daß die Arbeitsbedingungen durch Körperschaften geregelt werden, „in denen zusammengefaßt die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in gleicher Weise beteiligt werden wie die Verwaltung der Betriebe“ — eine sehr, sehr bescheidene Forderung, die mit Sozialismus recht wenig zu tun hat — und daß die „Preisregulierung unter Kontrolle des Staates durch Vertretungen der Berufsmittelglieder der weiterverarbeitenden Gewerbebranche und der Verbraucher stattfindet“ — eine Forderung, die mit Sozialismus noch weniger zu tun hat, da auf diese Weise den Arbeitern als Produzenten jeglicher Einfluß auf die Produktion und Preisfestlegung vorenthalten wird.

Nach den bisherigen Proben kann es nicht weiter wundernehmen, daß im Programmwurf auch eine Entschädigung für die enteigneten Kapitalisten gefordert wird. Nun kann man sich mit Recht auf den Standpunkt stellen, daß Umstände und Konstellationen eintreten könnten, die uns wohl soviel Macht in die Hand geben, um mit der Sozialisierung zu beginnen, aber noch nicht soviel, um völlig entschädigungslos zu sozialisieren. Es ist gut sozialistisch im marxistischen Sinne gedacht, wenn man sagt: Die Entschädigungsfrage ist eine Machtfrage, unter Umständen eine Zweckmäßigkeitsfrage, es ist aber ganz und gar unsozialistisch, die Entschädigung als prinzipielle Forderung in ein sozialistisches Parteiprogramm aufzunehmen. Will man freilich den im Programmwurf hinzugefügten Nachsatz, daß die Entschädigung „im Umfange des tatsächlichen Aufwandes der geistlichen und körperlichen Arbeit“ geleistet werden soll, buchstäblich nehmen und nicht bloß als das, was er ist, eine Phrase zur Beruhigung der rechtssozialistischen Arbeiter, so kann man diesen Programmpunkt ruhig annehmen. Denn für Arbeitsaufwand gibt es keine Entschädigung, sondern nur Arbeitslohn, für die vergangene Arbeit aber bedeutet das in den Konsum des Kapitalisten eingegangene Kapitaleinkommen eine reichlich bemessene Aufwandsentschädigung.

Ein sicherer Prüfstein für die innere Entwicklung und geistige Reife einer sozialistischen Partei ist ihre Stellung zur Agrarfrage. Durch nichts wurde der trotz aller rabiaten Phrasen im Grunde genommen rückständige Charakter der kommunistischen Partei schärfer beleuchtet als durch die in ihrem Agrarprogramm aufgestellte Forderung, daß der Großgrundbesitz unter Umständen zerstückelt und kleinbäuerlich bewirtschaftet werden müsse. Der Charakter der rechtssozialistischen Partei ist durch die eine Feststellung genügend gekennzeichnet, daß in ihrem Agrarprogramm das Wort oder Begriff der Sozialisierung überhaupt nicht vorkommt. Es ist schon für ihre Einstellung zu den Agrarfragen bezeichnend genug, daß die Forderungen bezüglich des Kleinbäuerlichen an die Spitze gestellt werden. Er soll unter Umwandlung in genossenschaftliche Betriebsformen aufrechterhalten bleiben. Erst als 4. Punkt des Agrarprogramms wird die „allmähliche“ Ueberführung des Großgrundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform gefordert, unter der offenbar nicht die Sozialisierung des Großgrundbesitzes zu verstehen ist, sondern ähnlich wie im kommunistischen Agrarprogramm die sich Zerschlagung und die Ansetzung von Kleinbauern, die sich genossenschaftlich zusammenschließen, wie die anderen Kleinbauern auch.

Am interessantesten und charakteristischsten aber für den kleinbürgerlichen Charakter dieser Partei ist ihre Stellung zu den landwirtschaftlichen Arbeitern. Sie ist im letzten (!) Punkt des Agrarprogramms fixiert, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben. Er lautet wörtlich: „Erhaltung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Begünstigung der Rückwanderung der Arbeiter von der Stadt auf das Land durch gute Wohnungsfürsorge, ein geregelter, freies Vertragsverhältnis, das insbesondere die Sicherstellung des eigenen Bedarfs aus der landwirtschaftlichen Produktion und die Haltung eines eigenen Viehstandes gewährleistet.“ Das heißt auf deutsch: Die Landarbeiter, die dazu berufen sind, die Träger der sozialistischen Umstellung der Wirtschaft, das Rückgrat des Sozialismus auf dem Lande zu werden, sollen wie bisher die ausgebeuteten Parasiten der Großagrarier bleiben, ja, ihre Abhängigkeit von ihnen soll noch verschärft werden, denn sie sollen durch „Sesshaftmachung“ und eigenen Viehbestand an die Scholle gebunden werden, wobei anscheinend als unausgesprochenes Ziel ihre Umwandlung in Zwergbauern vorschwebt, deren Besitz so wenig trägt, daß sie den Großagrarier noch Frondienste leisten müssen. Es ist ein Rückfall in längst überwindene, wirtschaftlich, sozial und politisch in höchstem Maße rückständige Zustände, der hier als das Agrarprogramm einer „sozialistischen“ Partei aufgestellt wird.

Der Kampf um die Einberufung des Obersten Rates.

Die englische Regierung hat den Fehdehandschuh, den Briand ihr mit ihrem eigenmächtigen Schritt zugeworfen hat, aufgenommen und in einer offiziellen Note die Einberufung des Obersten Rates vor Ende Juli gefordert. England kann sich dabei auf das Gutachten der alliierten Kommissare in Oberschlesien berufen, die trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten über die Lösung der ober-schlesischen Frage darin übereinstimmen, daß die dort herrschenden Zustände eine sofortige Entscheidung erheischen. Auch die Verschleppung durch neue Sachverständigenuntersuchungen und Truppenverstärkungen will England nicht mitmachen, sondern steht auf dem Standpunkt, daß unabhängig von diesen Maßnahmen die Entscheidung getroffen werden müsse.

Es wird abzuwarten bleiben, ob England so fest bleibt wie im Mai, als es um die Befreiung des Ruhrgebietes ging. Es trifft sich gut, daß gerade jetzt vom New York Herald ein Artikel veröffentlicht wird, den Lord George mit Creje man n führte, als dessen Kanzlerkandidatur im Vordergrund stand. Stresemann stellte damals gewisse Bedingungen für die Annahme des Ultimatums auf und Lord George antwortete in einem Memorandum, in dem er seine Stellung zu den heute auf der Tagesordnung stehenden Fragen der Sanktionen und des Schicksals Oberschlesiens folgendermaßen festlegte:

Die am 8. März eingeführten Sanktionen, besonders jene, die die Befreiung Düsseldorf, Duisburgs und Ruhrorts und die Errichtung einer rheinischen Zollgrenze enthielten, sollten nach

der Meinung der englischen Regierung im Falle einer Annahme des Ultimatums aufgehoben werden. Die diesbezügliche Meinung der englischen Regierung wird der französischen Regierung mitgeteilt.

Die deutsche Regierung kann sich auf den Wunsch der englischen Regierung verlassen, die wichtigsten deutschen Interessen, die in Oberschlesien bestehen, zu berücksichtigen, und obgleich es nicht ohne vorherige Besprechungen mit dem alliierten Großbritanniens möglich ist, die Befreiung in dem verlangten Sinn zu geben, so mag die deutsche Regierung die Befreiung haben, daß die englische Regierung zugunsten einer gerechten Lösung auf Grund einer strengen und parteilosen Ausföhrung des Versailles Vertrages einen Druck ausüben wird.

Wird die englische Regierung die Kraft haben, auf die französische Regierung, die ihre imperialistischen Willen nicht lassen kann, den versprochenen Druck zur Aufhebung der Sanktionen und zur Lösung der ober-schlesischen Frage ausüben?

Ueber die englische Antwort wird mitgeteilt:

Paris, 20. Juli. (Havas.) Der britische Geschäftsträger hat heute nachmittags Briand die Antwort seiner Regierung auf die französische Note vom Sonnabend, betreffend Oberschlesien, überreicht. Diese Antwort bestätigt die Unterredung des französischen Botschafters St. Aulaire gestern mit Lord Curzon und weist mit Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammentritts des Obersten Rates am 28. Juli in Boulogne zur Her hin ohne vorherige Prüfung des Problems durch eine Sachverständigenkonferenz. Die Frage der Entsendung einer Verstärkung soll der Entscheidung des Obersten Rates vorbehalten sein. St. Aulaire wird morgen im Foreigne Office die Antwort seiner Regierung überreichen.

Paris, 21. Juli. (U.) In ihrer Antwort betont die englische Regierung die Notwendigkeit, eine Tagung des Obersten Rates nach Boulogne in der Zeit vom 27. bis 30. Juli einzuberufen. Die englische Regierung hält die Lage in Oberschlesien für gefährlich und glaubt, daß dort jederzeit ernste Unruhen, sowohl von polnischer wie von deutscher Seite ausbrechen können und daß diese Drohung um so gefährlicher sein wird, je länger die jetzige Lage andauern wird. Die Note weist ferner darauf hin, daß Lord George und Balfour, die England auf dieser Konferenz vertreten sollen, im August abwesend sein werden. Die Tagung des Obersten Rates müsse daher vor Ende dieses Monats stattfinden. Da die Zeit zu kurz bemessen ist, wird es nicht mehr möglich sein, vorher Beratungen von Sachverständigen stattfinden zu lassen, wie die französische Regierung dies wünscht. Der Oberste Rat müsse sich zunächst mit der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien befassen und dann das ober-schlesische Problem selbst prüfen. Die englische Note schließt: Falls Lord George durch die irische Frage zurückgehalten sei, so würde Lord Curzon mit Balfour die englische Regierung vertreten.

Die französische Regierung wird sofort, wahrscheinlich am heutigen Donnerstag auf diese Note antworten. Sie wird, wie eine französische Nachrichtenstelle erfährt, ihren bisherigen Standpunkt aufrechterhalten. Briand hat keineswegs die Absicht, die Regelung der ober-schlesischen Frage zu verzögern. Er ist jedoch der Ansicht, daß der Oberste Rat sich gegenwärtig nur mit der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen befassen könne. Andererseits hätte es seinen Zweck, neuerdings über die Frage der Truppenverstärkungen zu diskutieren, da die Vertreter der Alliierten in Doppel bereits ihre Ansicht über die Entsendung von Truppenverstärkungen bekanntgegeben haben. Um das ober-schlesische Problem selbst zu lösen, müsse zunächst genügend Material für die Lösung (vier Monate nach der Abstimmung! D. Red.) gesammelt werden. Es müssen weitere Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberschlesien getroffen werden. Schließlich müsse die Frage der Aufteilung des Gebietes von der technischen Seite aus geprüft werden. Die Beratungen der Sachverständigen könnten während der Abhandlung von Truppenverstärkungen stattfinden und der Oberste Rat könnte Ende August zusammentreten.

Ein neuer französischer Schritt in Berlin?

Berlin, 21. Juli. (U.) Wie die Deutsche Zeitung von un-terrichteter Seite erfährt, steht in Kürze in der Frage des ober-schlesischen Selbstschutzes ein neuer Schritt der französischen Regierung in Berlin bevor. Gestützt auf weitere Berichte des Generals Le Rond und auf die Angaben französischer Spionagetätigkeit wird Frankreich nochmals energische Maßnahmen zur Entwaffnung und Auflösung der angeblich noch immer in Mittelschlesien befindlichen deutschen Selbstschutzbände fordern. Die französische Regierung behauptet, ein ganz genaues Verzeichnis über die Bewaffnung der deutschen Selbstschutzbände vor der Räumung zu besitzen, das in keiner Weise mit der Zahl der abgelieferten Waffen übereinstimmt.

Italien auf der Seite Frankreichs?

Paris, 20. Juli. (U.) Der italienische Gesandte in Berlin hat einen ähnlichen Schritt wie der französische Gesandte am Sonnabend unternommen.

Wien, 20. Juli. (U.) Die italienische Regierung hat den französischen Vorschlag, Verstärkungen nach Oberschlesien zu senden, angenommen. Zwei italienische Regimenter sollen demnächst nach Oberschlesien abtransportiert werden.

Die Orgech lebt.

Folgendes bedeutsame Material wird von der Freiheit be-kanntgegeben:

Im Kreise Uelzen, dem Machtbereich des Herrn Koste, hat sich die Orgech in einen Verband umgewandelt, der den Namen

„Wehrwolf“ trägt. Der Verband beschäftigt sich der bekann-ten Organisation „Stahlhelm“ anzuschließen. Die Auf-stellungsverhandlungen sind bereits im Gange. An der Spitze des „Wehrwolf“ in Uelzen steht ein Major Kuner. Die Organisation ist in vier Jüge zu je 50 Mann eingeteilt, jeder Zug verfügt über eine Maschinengewehr-Abteilung und über eine größere Anzahl von Waffen. Die Organisation strebt jetzt ihre Zähler auch nach dem Kreis Salzwedel aus. Dort besorgt ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Rostock die Organisationsarbeiten. In Salzwedel steht es den Wehrwölfen an Waffen, es ist deshalb nach Berlin ein Auftrag gegangen, folgende Waffen zu bestellen: 1000 Karabiner mit je 50 Schuß, 625 Handgranaten, 40 Maschinengewehre mit je 6 Trommeln à 30 Schuß, 40 Maschinengewehre, 1 Rüst-Gewehr, 150 Gurte und 50 000 Patronen für M.-G. Die Organisation Wehrwolf unterhält gute Beziehungen mit der Grünen Polizei, eine ganze Anzahl von Schutzbeamten gehört der Organisation an und arbeitet an dem Aufbau mit.

Was in Uelzen und Salzwedel vorgeht, ist keine Ausnahme. Nach diesem Muster wird gegenwärtig überall in Deutschland gearbeitet, wenn auch die Namen, die sich die örtlichen Verbände auflagen, verschiedenartig sind. Auch die Werbungen nehmen ihren Fortgang. So wird uns aus Schwabmünster berichtet, daß sich dort seit Mitte Juli ein Werbebureau aufgetan hat, das täglich 20 bis 25 junge Leute, meist Arbeitslose, für eine Selbstschutzbewegung anwirbt. Transporte nach einem unbekanntem Bestimmungsort sind bereits abgegangen.

Auch die Waffenverschiebungen mehren sich. So wurde auf dem Bahnhof in Rostock am 15. Juli ein heilig-gelauener Güterwagen angehalten. Ein Frachtbrief für den Waggon war nicht vorhanden, sondern nur ein Begleitschein ohne Inhaltsangabe des Transports. Es handelt sich um den Waggon Meddenburg Nr. 1741 mit dem Abgangsort Schottwitz, Ziel Station Wilsfel (Hannover). Gewicht 17 000 Kilogramm. Der Waggon enthält nur Handgranaten. Uebender des Waggons ist ein Herr Renner, Breslau, Claassenstr. 6, jedoch konnte seine Adresse in Breslau nicht ermittelt werden. Von demselben Uebender stammen zwei Waggons mit Infanteriemunition, in Ritten verpackt, die Anfang Juli von Eisenbahnern angehalten worden sind. Der Inhalt dieser Waggons mit Infanteriemunition war als Schrott zum Einschmelzen deklariert und hatte als Bestimmungsort Wons bei Gürlich. Durch einen besonderen Beauftragten der Eisenbahndirektion Breslau wurden die Waggons wieder freigegeben, aber nicht nach Wons transportiert, sondern an einen unbekanntem Ort weitergeleitet.

Selbstschutzbewegungen, die sich der Auflösungsverordnung widersetzen, befinden sich in Sagan, Sorau, Sommerfeld, Liegnitz und Gürlich. In einem Verbandstag der Selbstschutzbewegungen in Eisenhof wurde den Herrschaften ein Ertrag zur Verfügung gestellt.

Ein weiteres Beispiel: In der Nacht vom 7. zum 8. Juli 1921 wurde der Panzerwagen Brüssel A 80424 von dem Rangierpersonal des Bahnhofs Falkenberg, Bez. Halle, als verdächtig angehalten. Der Wagen war neu geölt und plombiert. Die eine Plombe war in Keppen beim Frankfurt a. O. angelegt, der Wagen selbst trug den Vermerk Unt. W. Nr. 7. 21, um den Aufschlüssel zu erfordern, als sei er erst am 7. 7. 21 aus der Reparaturwerkstatt gekommen. Auf dem Frachtbrief war als Inhalt des Wagens angegeben: Gewichte. Uebender war nicht festzustellen. Bestimmungsort Zülterbo. Der Inhalt des Wagens bestand aus Maschinengewehren, Minenwerfern, Stahlhelmen, Wasser-eimern und Munition. Der Panzerwagen sollte eigentlich in Rüstern vernichtet werden, erhielt jedoch den üblichen Eisenbahn-waggonantrieb. Im Auftrag der Eisenbahndirektion Halle wurde für den Panzerwagen ein neuer Frachtbrief ausgestellt und der Wagen Johann feigegeben. Als Begleiter befand sich bei dem Waggon ein Werkmeister Falkenmeyer.

Diese Vorgänge zeigen zweierlei auf: Einmal, daß die Auf-lösung der Orgech nur pro forma erfolgt ist. Die lokalen Ver-bände bestehen jedenfalls weiter. Zwar sind die Verbindungen mit der bisherigen Zentralleitung abgebrochen worden, aber schon hat sich eine neue Zentralstelle gebildet, auf deren Anweisungen hin die Lokalverbände ihren Namen wechseln; sie legen sich eine neue Firma zu und betreiben das alte Geschäft weiter. Zwei- tens, daß die Orgech noch immer über Waffen verfügt.

Die Vorgänge in Oberschlesien haben überdies den klaren Nachweis erbracht, daß die Orgech ein Gebilde ist, das der Re-krutierung noch sehr gefährlich werden kann. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurden für den ober-schlesischen „Selbstschutz“ min-destens 50 000 Mann mobilisiert und trotz des Verbotes der Weisungserteilung und trotz der Kontrolle, die teilweise durch Betriebsräte der Eisenbahn vorgenommen wurde, ohne besondere Zwischenfälle nach Oberschlesien transportiert. Die vorhandenen illegalen militärischen Verbände müssen also neben den rech-lichen Gelbmitteln über einen gut durchdachten Mobilisierungs-plan verfügen. Sie müssen auch ausreichende Waffenbestände zur Verfügung haben — Bestände, von denen weder die Öffentlichkeit, noch die Behörden etwas wissen — bzw. wissen wollen!

Reichswehr, Polizei und Schwarzrotgold.

Am Strand auf Vorkum wehte eine schwarzrotgoldene Flagge, die Farben der deutschen Republik. Ein Eisenbahnsekretär, der es für selbstverständlich hielt, daß ihm sein Gehalt aus dem Schuldensäckel der Republik pünktlich gezahlt wird, fühlte sich gedrängt, eine tausendköpfige Menge zusammenzutrommeln, um die Niederholung der Flagge zu erzwingen. In so noblen Wäldern, wie das der Insel Vorkum, sind natürlich die Schwarzrotgold-Hasser Legion. Die Polizei war machtlos. (1) Anwesende Reichswehr-soldaten aber hielten es für lobenswerter, sich an dem Geheiß zur Niederholung der Flagge zu beteiligen. Auf die Vorstellung

einiger Ausrufe, daß sie doch dieser Flagge die Treue geschworen hätten, fragten sie dreckmächtig die Betreffenden, ob sie dabei gewesen seien. (1) Schließlich versuchte ein Polizeibeamter Hilfe zu holen. Der herzukommende Gendarmerie-Wachmeister hielt es aber für geraten, die Schwarzrotgoldene niederzuholen.

Was ist ein Schwur, wenn er von einem „echten deutschen“ Reichswehrsoldat geleistet wurde? Schall und Rauch. Nur gelistet, um bei der ersten besten Gelegenheit gebrochen zu werden. Oder sollten die braunen reichswehrlichen Fahnenstürmer den Eid auch heute wirklich noch nicht geleistet haben? Auch das wäre durchaus möglich in Gessler's Reich. Immerhin lohnte es sich auch für einen Reichswehrminister, der Sache auf den Grund zu gehen. Nicht so sehr, weil der geleistete Eid Garantie für Verfassungstreue bietet, als deshalb, weil er dann vielleicht wieder einmal Gelegenheit hätte festzustellen, wie ihm die Herren seines Ressorts auf der Nase herumspießen.

Und was geschieht dem Eisenbahnsekretär, Herr Graener? Und Herr Staatsanwalt!

Wir werden einmal wieder nachfragen.

Soll noch ein Mord ungesühnt bleiben?

Zur Ermordung des Kommunisten Sült und über das gegen den Kriminalpolizisten Jannide eingeleitete Strafverfahren bringt die Deutsche Allgemeine Zeitung folgende Meldung:

„Der Beauftragte des Ministers des Innern teilt mit, daß gegen den Kriminalpolizisten, der den Schuß auf Sült abgegeben habe, ein Strafverfahren eingeleitet sei. Nach der gerichtlichen Vernehmung bestehe kein Grund zur Annahme, daß der Beamte widerrechtlich von seiner Dienstwaffe Gebrauch gemacht habe. Das Verfahren sei noch nicht abgeschlossen. Es sei aber anzunehmen, daß von einer schuldhaften Handlung eines Beamten, für die der Staat ersatzpflichtig wäre, nicht die Rede sein könne.“

Eine solche Erklärung muß als eine Deckung des Mörders durch die preussische Regierung aufgefaßt werden, sie ist ein eklatanter Akt zur Beeinflussung eines schwebenden Verfahrens zugunsten des Mörders! Alle Begleitumstände der Erschießung Sült's zeigen aber unumstößlich, daß hier eine infame Mordtat vorliegt.

Wie steht es denn übrigens mit den Beleidigungsklagen gegen die Ankläger Sült's, die von der Behörde in Aussicht gestellt wurden? Sollen die etwa unter den Tisch fallen?

An Dr. Woelker u. Co. in Dresden nebst Gillalen.

Wir erhalten unter dieser Ueberschrift die folgende Kundgebung an die Woelker und Konsorten, die wir unverändert abdrucken:

Wir lehnen es ganz entschieden ab, uns mit Ihrem Offenen Briefe irgendwie einverstanden zu erklären. Wir machen uns die Antwort des Innenministers Lipinski vom 10. Juli zu eigen und unterschreiben Wort für Wort. Die Zeiten sind eben selbiger entschimmert, da nur die Herren „von“ und „zu“ und mit ein paar Semestern auf dem Buckel die Führung haben durften. Früher waren es die von Hohenthal, von Seydewitz, Herr Dr. Bed — alles Leute von scharf rechts — und dieser politischen Tendenz trauen Sie eben nach. Nach der Revolution ist manches anders geworden. Niemals haben Sie die gesamte Beamtenchaft hinter sich. Ein sehr guter Teil freut sich der Gegenwart und denkt mit Schaudern an Anno dazumal zurück, wo Sie das Zepher führen und wir, das Beamtenproletariat, keine eigene Meinung haben durften.

Unterzeichnete Postgruppe der U.S.P.-Beamten von Groß-Leipzig haben nur den einen Wunsch, daß auch von Reichs wegen einmal in die Post, Zoll, u. a. Behörden mehr Regenluft gekracht wird. Bis heute sind die Postdirektoren, Posträte, Oberräte, Präsidenten oder gar Staatssekretäre noch von keinem Postbeamten aus den unteren Diensten eingeholt worden. Aber das muß auch noch kommen! Denn andererseits werden Offiziere, Hauptleute und Majore feste als Postdirektoren und Posträte eingesetzt. Und die haben schließlich am allerwenigsten Sachkenntnis. (1) Aber hier triumphiert die Mehrheit der Bourgeoisie. Unsere besten Wünsche Herrn Kessel zum Einzug in die Wilhelm-Senfarth-Straße!

Die Gruppe der U.S.P.-Postbeamten von Groß-Leipzig.

Und wie nennt das der Vorwärts?

Der Vorwärts hat es der Leipziger Volkszeitung sehr verübelt, daß sie vor einiger Zeit den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, den Rechtssozialisten Hörsting, einen Handlanger der Reaktion nannte. Was aber hatte die Leipziger Volkszeitung zu dieser weniger liebevollen als zutreffenden Bezeichnung veranlaßt? Hörsting hatte zwei Amtsvorfänger wegen ihrer ihm nicht genehmen politischen Gesinnung aus dem Amt gejagt. Das preussische Ministerium hat die Sache nachgeprüft und die Entlassung als zu recht ergangen bestätigt. Man lese:

„Nach den vom preussischen Ministerium des Innern angestellten Ermittlungen hat sich, wie den P.N. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, Amtsvorsteher Winkler öffentlich zur Kommunistischen Partei bekannt, während gegen Amtsvorsteher Kramer auf Grund seines bisherigen Verhaltens begründeter Verdacht besteht, daß auch er Kommunist ist. Gegen beide ist deshalb das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet worden. Eine Vertretung der beiden vom Amt vorläufig entlassenen Amtsvorfänger durch ihre gesetzlichen Stellvertreter kam nicht in Frage, weil diese selber wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei ihres Amtes vorläufig entlassen werden mußten.“

Im höchsten Grade verdrossen über diese Begründung, gesteht der Vorwärts, daß er „schon die Haare ausraufen und an den Wänden hinaufklettern möchte“. Er wünscht zwar nicht, daß ein Beamter wegen Verdachts deutschnationaler Gesinnung diszipliniert werde, aber auch einem Nichtdeutschnationalen dürfe man nicht wegen seiner „anrüchlichen Gesinnung“ den Prozeß machen. Hörsting könne natürlich vernünftigerweise nicht unterworfen werden, daß er die Entlassung verweigert hätte, wenn nicht ernste sachliche Gründe dazu vorhanden gewesen wären. Die famose Begründung des Ministeriums des Innern aber beweist doch wirklich zur Genüge, wie recht die Leipziger Volkszeitung hatte, als sie Hörsting einen Handlanger der Reaktion nannte. Er hat durch seine Maßnahme die beiden Entlassenen der Reaktion bargeliefert und diese hat sie dann vollends abgetan. Das ist doch Handlangerchaft vom reinsten Wasser. Daran ändert der Vorwärts nichts, und wenn er sich noch so viel Haare ausraufen und noch so hoch an den Wänden hinaufklettern möchte.

Sozialistische Massenkundgebungen im Elßah

Mühlhausen, 20. Juli. (D.M.) Im Oberelßah leben seit mehreren Wochen 20 000 Arbeiter infolge der Lohnreduktion in der Textilindustrie im Streik bezw. Ausperrung, und die Fabrikanten erkliden bei der gegenwärtigen Geschäftslage keinen Anlaß zur Nachgiebigkeit. Die hochgradige Erregung der Arbeiterschaft kam am Nationalfeiertag der Franzosen zu demonstrativem Ausbruch. Nachdem in allen Stadtvierteln große soziale Versammlungen stattgefunden hatten, marschierten etwa 20 000 Arbeiter — darunter viele Frauen und Kinder — in vielem Zuge durch das Innere der Stadt. Eine nach Tausenden zählende Zuschauermenge bildete Spalier.

Der Kampf um Deutschwestungarn.

Inkrafttreten des Vertrages von Trianon.

Paris, 20. Juli. (U.L.) Die Botschafterkonferenz hat in ihrer Sitzung am Mittwoch beschlossen, daß der Vertrag von Trianon zu Beginn der nächsten Woche in Kraft treten soll.

Wien, 21. Juli. (U.L.) Nachdem der Austausch der Ratifikationsurkunden des Vertrages von Trianon auf den 26. Juli festgesetzt worden ist, wird die Uebergabe Westungarns bis zum 10. August durchgeführt sein.

Vom orientalischen Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 20. Juli. Die Stadt Gemlik wurde von den Türken besetzt.

Gemlik liegt an der Küste des Marmarameeres, etwa 60 Kilometer von Brussa entfernt. Die Türken beherrschen nunmehr den ganzen östlichen Teil der asiatischen Küste des Marmarameeres und stehen in bedrohlicher Nähe von Brussa. Diese Fortschritte erscheinen militärisch und politisch bedeutend wertvoller als die territorial viel bedeutenderen Fortschritte der griechischen Offensive im Innern Kleinasien's.

Die Washingtoner Konferenz.

Japan gegen die Bepfischung der Ostseen.

London, 20. Juli. Nach Blättermeldungen aus Neuyork wird ein Leitartikel des japanischen Blattes Asahi zur Washingtoner Konferenz in den Vereinigten Staaten lebhaft erörtert. Der Artikel sei eine Beweis dafür, daß Japan nicht wünsche, daß die Fragen von Jap und Schantung auf die Tagesordnung der Washingtoner Konferenz gelangen.

Eine Vertretung der amerikanischen Senats.

London, 20. Juli. Reuter meldet aus Neuyork: Es verlautet, Präsident Harding habe entschieden, daß der Senat in der amerikanischen Delegation für die Abrüstungskonferenz vertreten sein soll mit Rücksicht auf die Verantwortung, die der Senat zusammen mit der Regierung in Angelegenheiten der auswärtigen Politik Amerikas habe.

Harding ist offenbar durch die schlechten Erfahrungen, die Wilson mit seiner autoritären Außenpolitik im amerikanischen Kongreß machen mußte, gewichtig worden und will dem Senat einen Teil der Verantwortung übertragen.

Die Unterredung zwischen Rosen und Drefel.

Ein Dementi.

Berlin, 10. Juli. (D.M.) Der Berliner Korrespondent der Chicago Tribune meldete, daß der amerikanische Geschäftsträger Drefel mit dem Außenminister Dr. Rosen nach Washingtoner Instruktionen über die Festsetzung von Friedensbedingungen zwischen Amerika und Deutschland verhandelt habe. An dieser Meldung ist nur die eine Tatsache richtig, daß nämlich Unterredungen zwischen Herrn Drefel und dem Minister Rosen stattgefunden haben. Alle jedoch in der erwähnten Meldung angegebene sonstige Tatsachen und namentlich die daran geknüpften Schlussfolgerungen sind, wie der Dem an zuständiger Stelle erklärt wird, reine Kombination.

„König“ Fessal.

London, 20. Juli. Der provisorische Rat von Mesopotamien hat beschlossen, dem Emir Fessal die Königswürde zu übertragen. Die britische Regierung wünscht indessen, wie Times meldet, daß dieser Beschluß durch eine Volksabstimmung bekräftigt werde.

Aufstand in Arabien.

Paris, 19. Juli. Nach einer Meldung des Journal des Debats aus Beirut ist ein Aufstand des Stammes der Wahabiten gegen die Herrschaft des Königs von Hedjas ausgebrochen. Die Aufständischen rüden vor und sollen das Gebiet östlich von Medina besetzt haben.

Balkanmoral.

Wien, 20. Juli. Die Neue Freie Presse gibt eine Meldung des Budapest Blattes Az Est aus Budapest über Skandalen in der rumänischen Kammer wieder, wo seit einigen Tagen die Verstaatlichung der Werke von Kessica verhandelt wird. Der gewesene Handelsminister Taslauanu soll dieser Gesellschaft einen überaus vorteilhaften Vertrag gesichert haben und die Mehrheit der Kammer für den Vertrag dadurch gewonnen haben, daß die Abgeordneten der Regierungsparteien unentgeltlich neue Aktien der Gesellschaft erhielten. In der Debatte über diesen Vertrag protestierte nun die Opposition gegen dessen Annahme und erklärte, daß der Vertrag bloß geeignet sei, das Vermögen einiger Abgeordneter und Senatoren der Averescu-Partei zu vergrößern. In dem darauf folgenden großen Lärm schlug der Abgeordnete Goga dem gewesenen Handelsminister Taslauanu mit einer Peitsche ins Gesicht. Taslauanu, rief er dabei, habe das Haus mit Aktien bestochen. Die Schlägerei wurde schließlich allgemein, so daß der Präsident die Sitzung schließen mußte.

Ob die politische Geschäftsmoral des Balkans nur dort zu Hause ist?

Deutschland.

Der lapfere Scholem.

Die A.P.P.-Führer Franz Pfeiffer und Otto Kläbe waren in der Roten Fahne beschuldigt worden, 60 000 Mark, die ihnen für revolutionäre Zwecke anvertraut worden seien, unterschlagen zu haben. Die beiden Genannten haben daraufhin beim preussischen Landtag beantragt, die Genehmigung zur Strafverfolgung des damaligen verantwortlichen Redakteurs der Roten Fahne, Werner Scholem, zu erteilen. Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtags hat durch den Genossen Cohn berichtet, daß nach seinen Feststellungen es sich für Scholem um ein rein politisches Vergehen handle, zu dem die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen sei. Das Plenum des Landtages schloß sich diesem Antrag an.

Die beiden Antragsteller sind also abgewiesen. Allerdings hätte sie auch die Genehmigung nicht zu ihrem Ziel geführt, denn Scholem, der auch wegen einer Reihe anderer politischer Vergehen verfolgt

wird, hat in wasser Vorlicht schon vor längerer Zeit das Weltgeheimnis, wie wir das an diesem maulwurfschenden Heiden ohne weiteres vorausgesetzt haben.

Die rote Fahne wäre nach alledem moralisch verurteilt, den beiden Verdächtigten Gelegenheit zur reiflichen Erklärung, also vor einem unparteiischen sozialistischen Schiedsgericht zu geben. Aber über solche Anstandspflichten sind die kommunistischen Herrschaften natürlich weit erhaben.

Allerdings glaubt kein Mensch, der die beiden Verdächtigten kennt, daß sie Revolutionsgelder unterschlagen haben. Wenn nur ihre Politik ebenso — nur wäre, wie ihre Unständigkeit.

Abgeordneter Dr. Sige gestorben.

Der Zentrumsparlamentarier Prälat Dr. Sige ist in Bad Nauheim, wo er zur Kur weilte, vier Monate nach Vollendung seines sechzigsten Lebensjahres gestorben.

Auch die Krieger-Abwehr wird mobilisiert. Es leuchtet jedem ein, daß nach der offiziellen Auflösung der Ordsch und Einwohnerwehren die Konterrevolution darauf Bedacht nehmen muß, für die zahlreich versteckten Waffen auch die nötigen Träger und Bediener zu haben. Ein Weg zur Schaffung solcher Reserven sind die sogenannten Regimentsvereinigungen. Im ganzen Land werden solche Vereinigungen ins Leben gerufen. Nun soll auch noch die Krieger-Abwehr mobilisiert werden. Hierzu finden wir im Hannoverischen Tageblatt vom 16. 7. folgendes Inserat: „Ehemalige Flakschützen werden zwecks Gründung einer Vereinigung ehemaliger Flakschützen auf Angabe ihrer Adresse gebeten, da noch in diesem Jahre ein Appell stattfinden soll. Zuschriften an H. Wollenweber, Edenstr. 31.“ Solche Militärvereinigungen verdienen nicht nur das schärfste Mißtrauen, sondern sie müssen von der Arbeiterschaft aufs schärfste bekämpft werden.

Der sächsische Provinzialauschuß. Amtlich wird über die parteipolitische Zusammenfassung der preussischen Provinzialauschüsse mitgeteilt: In Sachsen: Drei Deutschnationale Volkspartei, zwei Deutsche Volkspartei, ein Zentrum, ein Deutscher Demokrat, drei Sozialdemokraten, zwei Unabhängige Sozialdemokraten und zwei Kommunisten; zusammen vierzehn Mitglieder.

Kleine Auslandsnachrichten.

Belien wartet Ungarn. Dem Neuen Wiener Tageblatt wird aus Paris gemeldet: In der Senatssitzung betreffend den Vertrag von Trianon sagte Briand unter anderem: Er glaube, daß Ungarn zu einem normalen Leben gelangen könne, wenn es nicht den Hintere danken hege, die früheren Herrscher wieder ins Land zu führen, deren bloßes Erbehalten genügen würde, in Mitteleuropa ein neues Blutbad anzurichten.

Die Lage in Irland. Am Mittwoch sind die Soldaten aus dem Bezirk von Belfast, wo die Unruhen stattgefunden haben, zurückgezogen worden. Es herrscht jetzt vollständige Ruhe in der Stadt. — Man erwartet, daß Lloyd George am Donnerstag die Valera Vorschläge der Regierung für die zukünftige Regierungsform in Irland unterbreiten wird.

Gewaltige Zunahme der Welttonnage. Der neuen Ausgabe von Lloyds Schiffsregister zufolge beträgt die Gesamttonnage der Welt etwa 54 Millionen Tonnen und übersteigt somit den Stand von 1914 um mehr als 11 Millionen Tonnen. Der Unterschied ist hauptsächlich auf die 10 Millionen Tonnen Schiffsraum zurückzuführen, den die Vereinigten Staaten unmittelbar nach dem Kriege gebaut haben. Japan und Holland haben ihre Flotten wesentlich vermindert. Die japanische Flotte übersteigt den Stand von 1914 nur um einige hunderttausend Tonnen.

Niederlage der weißen Truppen in Sibirien. Reuter meldet aus Charkin: Die Truppen der Republik des Fernen Ostens haben am 15. Juli Uria genomen und den Truppen des Baron's Ungern eine Niederlage beigebracht; diese glichen schwere Verluste.

Von Nah und Fern.

Ein Denkmal für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

In Suhl in Thüringen wurde im Stadtpark ein Denkmal für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter Beteiligung zahlreicher Arbeiter- und Sängervereine aufgestellt.

Typhus in Duisburg.

Berlin, 21. Juli. Der Lokalanzeiger meldet aus Duisburg: Die Zahl der an Paratyphus Erkrankten ist auf 130 gestiegen. Bis her sind vier Personen der furchtbaren Seuche erlegen.

Mordversuch und Selbstmord.

Eberfeld, 20. Juli. Ein Kriegsbefehlshaber Namens Jansen hatte zum Nachteil zweier Brüder Verurteilungen begangen. Als diese ihn in einem hiesigen Kaffee antraten, wollten sie ihn verhaften lassen und benachrichtigten die Polizei. Ehe diese ersahen, schoß Jansen auf einen der Brüder und brachte ihm einen Lungenschuß bei; dann tötete er sich selbst.

Folgen der Hitze.

Halle a. S., 20. Juli. In der Nähe von Hohen-Weißbach (Kreis Liebenwerda) ist ein größerer Moorbrand ausgebrochen.

Großer Petroleumbrand in Amerika.

Binden (Neujersey), 21. Juli. In den hiesigen Petroleumtanks ist ein großer Brand ausgebrochen, der sich immer weiter ausbreitet. Die ganze Gegend ist von Petroleum durchdränkt und bietet den Anblick eines Präriebrandes. Vermutlich werden auch die Lagerplätze der Standard Oil Company, die nicht weit entfernt sind, von dem Feuer ergriffen werden. Der Schaden wird auf vier Millionen Dollar geschätzt.

Ein Schwurgericht als Mörder.

Bohum, 20. Juli. (U.L.) In einem Urteil vierter Klasse des auf der Straße Emmerich-Empel verkehrenden Personenzuges verlangte der Postbetriebsassistent Strecker von einem verdächtigen Menschen die Öffnung zweier schwerer Pakete. Der Verdächtige verweigerte dies und schoß Strecker ohne weiteres nieder. Als der Zug zum Stehen gebracht war, entfiel der Mörder, konnte aber ergriffen werden. Es handelt sich um den in den zwanziger Jahren stehenden Schlosserjungen Bönner aus Rheint. In den Paketen, die er mit sich führte, befanden sich etwa dreihundert Gramm Silberwaren; außerdem trug Bönner am Leibe 2 Beutel mit holländischen Münzen, einen Postkoffer, eine Kontramuz usw. Auch besaß er eine anscheinend mit Blut besetzte Wemke.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Blitzblumen Zahnpasta
Mundgeruch verschwindet durch
„Solidento“

Kombella-Zahnpasta
TUBE 2.— und 3.50 in allen einschlägigen Geschäften, doch lassen Sie sich nichts anderes aufreden, es ist zu Ihrem Schaden.

Ihr Mütter verwendet für Eure Kinder nur die wegen ihrer großen Milde als bestes Kinderseife seit über 25 Jahren ärztlich empfohlene **Myrrholin-Seife**

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Nützliche Bekanntmachungen.

Leipziger Außenbahn-Aktien-Gesellschaft.

Vom Sonnabend, den 23. Juli 1921, an wird der Fahrpreis für jeden Ueberangriffsfahrer um 10.— Mk., für jede Anrechtstafel f. Erwachsene im Ueberangriffsverkehr um 5.— „ pro Monat, für jede Anrechtstafel für Schüler im Ueberangriffsverkehr um 2.— „ pro Monat, für jede Anrechtstafel im Ueberangriffsverkehr um — 90 „ erhöht.

Die Fahrpreise für den Lokalverkehr sowie die Bestimmungen über Erhöhung der besonderen Nacht- und Sonntagszuschläge bleiben unverändert bestehen.

Leipzig, am 20. Juli 1921. Die Direktion.

Laucha. Wegen Reinigung bleibt das Rathaus einseitlich der Sparkasse Montag und Dienstag, den 25. und 26. Juli 1921 für allen Verkehr geschlossen. Das Staudesamt und das Lebensmittelamt sind für dringende Angelegenheiten Dienstag, vormittags von 10—11 Uhr, geöffnet. Der Stadtrat.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis 12 Uhr.

Proletarische Freidenker Ortsgruppe Leipzig-Ost.

Sonntag, den 24. Juli: **Ausflug nach Borsitz.** Sammelplatz 1/2 Uhr Kirchplatz Volkshaus. Bei schlechtem Wetter gemütliches Beisammeln in Versammlungstotal.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Eiche Nord-West.

Turnstunden während der Ferien: Montags und Donnerstags; 7—9 auf den Bauernwiesen, dabei ist auch Spiel und Sport.

Kinder-Abteilung: Montags 8 Uhr u. Sonnabends 3 Uhr Bauernwiesen. Mittwochs 6 Uhr Mesplatz. Turnerinnen turnen ab 15. August Montags und Donnerstags 7—9 Uhr, Mädchen 6—8 Uhr in der Turnhalle der 40. Volksschule, Esplanade Straße, Eingang Weitznerstraße.

Turner ab 16. August Dienstags und Freitags 7—9 Uhr, Knaben 6—8 Uhr 40. Volksschule. Die Frauenriege turnt erstmalig am Donnerstag, 18. August, 8 Uhr.

Zur Jugend-Turnfahrt Treffpunkt früh 5 Uhr (bei jedem Wetter) Hauptbahnhof, Blumenhalle, Süd. Seite. (Badezeug mitbringen.)

L.-Gutritsch. Turnverein Vorwärts. Sonntag, den 24. Juli, nachm. 3 Uhr, **Schauturnen** auf unserem Turnplatz in der 33. Volksschule. Vorm. 9 Uhr: **Wettkampf** sämtlicher Abteilungen. Nachm. 4 1/2 Uhr: **Stellen zum Festzug** im Golenichschchen, Abmarsch Punkt 2 Uhr.

Sonabend, den 23. Juli, abends 6 Uhr: **Fußball-Propaganda-Spiel** Vorwärts-Gutritsch gegen Viktoria-Anger I auf dem Preußen-Sportplatz, Rodau, Bahnstraße.

Sonabend, den 30. Juli, **Großer Festball** im Golenichschchen. — Freundlichst ladet ein D. I.

L.-Gohlis. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Rodau-Kutschhof **Halbjahres-Versammlung**. Sonnabend, 23. Juli, **Nachtausflug** mit Längeln nach Wahren (Terrasse). Abmarsch Punkt 1/2 Uhr vom Schillerhain. — Zu beiden Veranstaltungen wird vollständiges Erscheinen erwartet. Der Turnrat.

L.-Löbnitz. In der Waldschänke Sonnabend, den 23. Juli, abends 7 Uhr **Schlagballwettbewerb**. Sonntag, 24. Juli, früh 8 Uhr **Wertungsturnen**, nachmittags 3 Uhr **Schauturnen**.

Turngemeinde Leipzig-Blagwitz.

Sonabend, den 23. Juli 1921, im Etablissement **Festenteller**

XII. Stiftungsfest mit Sommernachtsball

Turnerische Aufführungen, Darstellungen in Wort und Bild. Reichhaltige Tombola. Einlass 6 Uhr. Anfang 8 Uhr. Programme à 2.00 Mk. sind noch bei allen Vereinsfunktionären und im Vereinslokal zu entnehmen.

Zöbinger. Arbeiter-Turn- und Sportverein Einigkeit. Sonnabend, den 30. Juli, **Versammlung**. Tagesordnung sehr wichtig, daher ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. D. I.

Maschinisten und Heizer

(Zentralverband).

Sonabend, den 23. Juli, abends 7 Uhr, im Gartenaal des Volkshauses

Halbjährliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Verbandstag. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht vom 2. Quartal 1921. 4. Gewerkschaftliches.

Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Meln

Saisonausverkauf

dauert nur noch einige Tage!

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Die Preise sind ohne Rücksicht auf Selbstkosten teilweise bis unter die Hälfte herabgesetzt.

Herren-Anzüge	575.— 450.— 395.— 295.—	175.—
Jünglings-Anzüge	460.— 375.— 295.— 225.—	150.—
Herren-Hosen	138.— 115.— 98.— 68.— 55.—	48.—
Herren-Covercoats u. Schlüpfer	650.— 550.—	490.—
Herren-Paletots	marango und schwarz	295.—

Bozener Loden-Mäntel von Mk. 195.— an

Gummi-Mäntel garant. wasserdicht von Mk. 295.— an

Sommer-Wasch-Joppen von Mk. 42.— an

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung

D. Jackson

Zeltzer Strasse 9 Ecke Schletterstrasse

Die Margarine-Marke

Das Allerfeinste

mit dem Pfeil

als vollkommenster Ersatz für feinste

Molkerei-Butter

in jeder Verwendungsart liefern nur:

Holländischer Verein für Margarine-Fabrikation

Wahnschaffe, Müller & Co., m. b. H.

Cleve, am Niederrhein

Filiale Leipzig, Roscherstrasse 9-13

Fernsprecher 2952, 15 402 Eigener Gleis-Anschluss

General-Vertretung: H. Kellermann

USPD. Groß-Leipzig

Mit-Leipzig. Sonnabend, den 23. Juli, **Ausflug** Abmarsch abends 7 Uhr von der Kettenbrücke. Gäste sind willkommen.

Mit-Leipzig, Bezirk Westen I. Freitag, den 22. Juli 1921, abds. 8 Uhr, **außerordentliche Bezirksversammlung** im Restaurant Donath, Promenadenstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Heinrich. 2. Diskussion hieran. 3. Neuwahl des 1. Bezirksvertreters. 4. Parteianglegenheiten. Alle Genossen und Genossinnen werden gebeten, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Die Bezirksvertreter. **Wahren. Mitglieder-Versammlung** im Birken-schloßchen (bei Lehmde). Tagesordnung: 1. Bericht über die stattgefundene Landesversammlung. Ref.: Genosse Weweg. 2. Diskussion hieran. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Funktionäre treffen sich 1/2 7 Uhr. Zahlreiches Beisich erwartet. Der Vorstand.

Ortsverein L.-Ost

(U. S. F. D.)

Freitag, den 22. Juli, abends 1/8 Uhr Mitglieder-Versammlung

in Kellers Feststille.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Landesversammlung, anschließend Aussprache. 2. Parteianglegenheiten.

Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Alle Beisitzer werden gebeten, 1/4 Stunde vor Beginn der Versammlung mit Laurentien zu erscheinen. Der Beschlusfertigkeit entsprechend, erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Berband

Telephon 3407 Zahlstelle Leipzig Telephon 3407

Bildhauer aller Branchen. Sonnabend, den 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus, Zimmer 9. Tagesordnung: 1. Ergänzungswahl der Sektionsleitung. 2. Branchenangelegenheiten. Die Sektionsleitung.

Tischler-Anschläger. Sonnabend, d. 23. Juli, abends 7 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus, Zimmer 3. Alle Anschläger müssen in dieser wichtigen Versammlung erscheinen. Die Sektionsleitung.

Ristenmacher. Montag, den 25. Juli, nachmittags 5 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus, Nebenaal rechts. Tagesordnung: 1. Unsere Lohnbewegung. 2. Gewerkschaftliches. Die Sektionsleitung.

Die Damenwelt verwendet nur Ocean Toilette-Fellseife Tulipan Blumen-Fellseife

Alleinige Fabrikanten MITTELDEUTSCHE SEIFENFABRIKEN AKTIENGESELLSCHAFT WAHREN-LEIPZIG

Generalvertreter für Leipzig: PAUL HUBNER, LEIPZIG Bayerische Str. 39. Teleph. 11081.

Haut-, Weichlechts

u. Darmleid., vorz. nerv. Schwäche behand. Dr. med. Dori, nicht approbiert. Mtgl. naturw. Gesellsch. Leipzig, Kumpfmühlstr. 5, Sprechst. non 9-2 u. 4-8 Uhr 1/2

- Zigarren** garanti. rein, Stück nur 50 s
- Kownor-** Schnupftabak 50gr nur 1.20
- Kautabak** amerikan. Regel, nur 2.50
- Land-Tabak** österreich. Regie, nur 1.25
- Rauch-Tabak** Krüllschnitt, 100gr nur 4.-
- Roth-Hände** Zigaretten, 10 Stück 2.50
- Schmalzler** Regensburger, nur 50 s in den Zigarrenschäften: Leipzig-Stadt: Elsterstraße 3 Gerberstr. 40
- L.-St.: Täubchenweg 43
- Wahren: Straße 37
- L.-West: Lützen Straße 49
- weit Verkaufsstellen vergibt
- GÜTSCH**, 17 Elsterstraße 17 Leipzig, Telephon 11 343.

Pfaff Nähmaschinen Haus

Inhaber: Hans Baer

Neu eröffnetes Geschäftslokal:

Reichsstraße 21

Leipzig

Teilzahlung gestattet!

Streichfertige Del- und Lackfarben

in anerkannt vorzüglichsten Qualitäten! Nicht die geford. Preise sind maßgeb., sondern die Qualität.

- Fußbodenlackfarbe** i. Friedenqualität kg 16.- (Neuestes Fabrikat und vollkommen fleckfrei)
- Borstreichfarbe** i. Fußböden, la Ware kg 12.-
- Weiß-Emalle-Lackfarbe** unzer neuere reinweiße Farbe für Türen, Fenst., kg 24 Mk. Möbel usw.
- Dielebe in grau, elfenbein usw. kg 24.-, Borstreich-Del-farbe, weiß kg 15.-, Wandmodellackfarbe, abwaschbar, braun kg 10.-, grau kg 15.-, Del-farben in div. Tönen kg 10-14.-
- Reinölfirnis**, garanti. rein, dopp. gef., fein Verchlitt, kg 16.-, ab 5 kg billiger
- Reiweiß in Del**, gar. rein, kg 15.-
- Fußboden-Stauböl**, hell und fett, geruchlos, kg 9.-
- ferner sämtliche Lacke, Del- und Trockenfarben, Firnis, Peim, Kitt in nur bester Qualität und sorgfältiger, tadelmäßiger Verarbeitung.
- Beste Trockenzeit und Haltbarkeit!

Spezialgeschäft für Farben und Lacke **Kühnert & Co.**, 42 Emilienstraße 42 Tel. 5719.

Blüchlich und unerwartet verchied am 18. Juli kauft im Alter von 39 Jahren meine innigstgeliebte gute Frau, die Mutter ihres sehnlichstgen Kindes, unsere gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, **Frau Klara Meinhardt geb. Schäfer** L.-Stötteris, den 18. Juli 1921. In tiefstem Schmerze zeigt dies an **August Meinhardt** und Hinterbliebene. Beerdigung Freitag 3 Uhr Stötterischer Friedhof.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. Juli.

Parteiangelegenheiten.

M-Leipzig, Bezirk Westen II. Freitag, den 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Appenfelder, Poniatowskistraße, Sitzung der Funktionäre und tätigen Parteigenossen. Die Gruppenführer haben aus jeder Gruppe für Vertretung zu sorgen.

Stütz. Agitationskommission. Sonnabend, den 23. Juli, nachmittags, 18 Uhr, im Material beim Genossen Seym abholen.

Südost-Bezirk (ländliche Dörfer). Sonnabend, den 23. Juli, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Gasthof zum schwarzen Korb, Liebertwolkwitz.

Gottsch. Funktionäre, Beisitzer sowie sämtliche Genossen, die sich zur Kleinarbeit gemeldet haben, sind ganz besonders geladen für Freitag, abends 8 Uhr, im Radauschausank.

Gewerkschaftsvorstände. Wir haben noch einen Teil Fleischkonzerne erhalten, die umgehend im Kartellsekretariat abzuholen sind. Ausgabe an Einzelmittglieder erfolgt nicht.

Verkaufsstände zum Gewerkschaftsfest.

Zum diesjährigen Gewerkschaftsfest werden Verkaufsstände irgendwelcher Art nicht vergeben. Alle Anfragen sind zwecklos. Gewerkschaftskartell Leipzig.

Gruppe I. Heute, abends 7 Uhr, Volkerversammlung im Volkshaus, Café Mitte.

Gruppe XII. Morgen, abends 7 Uhr, Volkerversammlung im Volkshaus, Café Mitte.

Sprunghaftes Steigen der Teuerung in Leipzig.

Nach den Berechnungen der Statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug der Mindestaufwand einer aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehenden Familie in je 4 Wochen in Leipzig (in Mark):

- 1. Für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung: Teuerungszahlen I (T. 1),
2. für Genußmittel, Körperpflege, Kleidung (ohne Neuankäufe), Ersatz an Wirtschaftsgegenständen, Verkehr, Kultur- und Unterhaltungszwecke, Abgaben: Teuerungszahlen II (T. 2),
3. für alle wichtigeren Lebensbedürfnisse (ohne Neuankäufe von Kleidung): Gesamtteuerungszahlen (T. 1 + T. 2):

Table with 3 columns: (T. 1), (T. 2), (T. 1+2) and rows of numerical data for various months.

Die Teuerungszahl 1, deren Rückgang schon Ende April ins Stocken geraten war, ist nach längerer Zeit ungewisser Haltung sprunghaft gestiegen. Dies wurde verursacht durch die Verteuerung wichtiger Nahrungsmittel, wie Reis, Fleisch und Fett, ferner durch die Berücksichtigung der jetzt teureren Kartoffeln und Frühgemüse sowie durch die Anwendung einiger Änderungen in der Berechnungsanweisung der Reichsstatistik. Die Teuerungszahl 2 hat gleichfalls eine Erhöhung erfahren. Die Gesamtteuerungszahl ist damit auf den Stand von Anfang März zurückgeführt. Die Teuerungszahlen 1 sind nach der Anleitung der Reichsstatistik, die Teuerungszahlen 2 nach den vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig aufgestellten Grundätzen, beide unter Mitwirkung eines Ausschusses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Sachverständigen des Groß- und Kleinhandels und Vertreterinnen des Leipziger Hausfrauenvereins berechnet. Die Teuerung ist also bisher in dieser Weise gestiegen. Sie wird jetzt erst einen hohen Grad annehmen, wenn die neuen Preise kommen werden. Da muß das gesamte Proletariat in eine Kampfesfront treten, wenn es nicht gänzlich verelenden will.

Die teuren Kartoffeln.

In Leipzig kostet ein Pfund Kartoffeln immer noch 90 Pfg. Es scheint, als ob dieser unerhört hohe Preis zunächst stabil bleiben soll. Es kann keine Rede davon sein, daß die Produktionskosten derart gestiegen sind, daß dieser Preis gerechtfertigt ist. Produzenten und Großhändler wuchern die Konsumenten auf Grund der 'freien Wirtschaft' aus, die uns ja die billigen Lebensmittel verschaffen sollte. Wie groß der Profit der Produzenten ist, geht aus nachstehendem 'Offenen Brief' hervor, den eine bayerische sozialistische Zeitung dieser Tage an die Bauern richtete: 'Liebe Landleute die Ihr in den letzten Tagen mit eigenem Wagen Kartoffeln nach Augsburg gebracht und um 1 Mark das Pfund verkauft habt, lest folgende Berechnung:

- 1. Es hat Euch der Zentner Saatkartoffeln gekostet höchstens 20 Mark.
2. Um die Kartoffeln zu ernten, habt Ihr an Arbeitslohn für die Bestellung, für Düng, Amortisation des Ackers usw. allerhöchstens 120 Prozent Unkosten = 24 Mark. Euer Gewinn aus 1. und 2. sei 33 Prozent = rund 16 Mark, dann kostet der Ertrag aus 1 Zentner Saatgut (das sind rund 5 Zentner Ernte) 60 Mark. Also der Zentner ab Dorf 12 Mark.

Die Fahrt mit Fuhrwerk in die Stadt auf einen Tag kostet mit Knecht und Verpflegung sehr gut gerechnet 120 Mk. Labet Ihr 20 Zentner zusammen = 240 Mark, so kosten diese 20 Zentner in der Stadt 360 Mark. Also das Pfund 18 Pfennig! Ist da Euer Forderung 'pro Pfund eine Mark' berechtigt oder nennt Ihr rund 500 Prozent Neuzugewinn nicht ausverkauften Wucher? Rechtfertigt Euch!

500 Prozent Reingewinn! So bereichern sich die Bauern auf Kosten hungernder Männer, Frauen und Kinder. Zu diesem Kartoffelwucher kommt jetzt noch der Brotwucher. Ja, die freie Wirtschaft erweist sich als vortrefflich für Produzenten und Großhändler.

Sungernde! Vergesse das nicht. Es sind die bürgerlichen Parteien, die auch das vermehrte Elend verschafft haben. Und es sind die bürgerlichen Zeitungen, die sie darin unterstützt haben.

Städtischer Wohnungsbau.

Man schreibt uns: 'Die Angriffe gegen den städtischen Wohnungsbau charakterisieren sich nach ihrem eigenen Eingeständnis dadurch, daß sie den 'technisch nicht geschulten' Bürgern unserer Stadt die Augen öffnen' wollen, stützen sich aber auf Vorfälle, die nur vom Fachmann und auch von diesem nur aus eingehender Kenntnis beurteilt werden können. Die meisten Behauptungen sind überhaupt völlig aus der Luft gegriffen. An keinem städtischen

Bau wird ohne Schußgerüst gemauert; auch dort nicht, wo über die Hand gemauert wird. Daß die Schußgerüste bei eingeschossigen Einfamilienhäusern einfacher sein können als bei den sonst in Leipzig üblichen drei- und viergeschossigen Häusern, ist selbstverständlich, und jeder Baumeister würde beim Flachbau ebenso vorgehen. Im übrigen können sich die Baumeister an den Schußmaßnahmen und Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen des städtischen Wohnungsbaues nur ein gutes Beispiel nehmen. Die Behauptung, daß in Modau die Hausabstände nur 2,50 Meter betragen, ist ebenfalls aus der Luft gegriffen.

Wenn auf den Pfählen der Baumeister die Rüststöße verfaulen, so ist das nicht Schuld des städtischen Wohnungsbaues, sondern Schuld der Baumeister selbst; denn der städtische Wohnungsbau hat wiederholt versucht, gebrauchtes, gut erhaltenes Rüstzeug aufzukaufen, hat auch einige Käufe abgeschlossen, während in einigen anderen Fällen vom Ankauf Abstand genommen werden mußte, da das Holz entweder bereits verfault oder viel zu teuer war. Jedenfalls war bei allen solchen Angeboten von dem Friedenspreis von 80 Pfg. nichts mehr zu merken. Es wird auch keinem Privatunternehmer mehr einfallen, in seine Kalkulationen das Rüstzeug zum Friedenspreis einzustellen. Das kann man ihm auch nicht verdenken, weil er bei Neuankäufen doch die heutigen Preise anlegen muß. Durch die lange Lagerung, woran ja nicht der städtische Wohnungsbau, der erst seit vier Monaten arbeitet, sondern das Bauverbot während des Krieges schuld ist, hat der größte Teil des Rüstholzes so gelitten, daß es eine Gefahr für die Arbeiter bilden würde. Die Anschaffung von neuem Rüstzeug war deshalb schon vom Standpunkt des Arbeiterschutzes aus geboten. Ganz absurd ist die Behauptung, daß dadurch unsere Wälder besonders geschädigt worden wären. Kein Oberförster wird bei der Aufstellung seiner Einschlaglisten an den Bedarf des städtischen Wohnungsbaues zu Leipzig gedacht haben. Es ist also unferwegen nicht ein Stamm mehr oder weniger geschlagen worden. Wann und wo die Anschaffung von Gerüst für 700 000 Mk. 'abgelehnt' worden sein soll, ist uns nicht bekannt.

Die Forderungen an den Außenwänden der Lädenhäuser in der Siedlung Modau, und nur um diese handelt es sich, verleugern den Bau in keiner Weise, sondern werden von dem Mieter des Ladens getragen. Die Forderungen waren mit Rücksicht auf eine Verbesserung der Kaufgelegenheit innerhalb der Siedlung unermesslich und haben nur einen ganz bescheidenen Umfang eingenommen. Es ist unverantwortlich, wenn von sachmännischer Seite dem Laienpublikum ein solcher Fall derartig aufgebauscht wird, daß man an die Verwendung von Millionen denken möchte, während es sich in Wirklichkeit um die Ausgaben von einigen 1000 Mark handelt, die noch dazu von dem Ladenmieter getragen werden.'

Das gesetzliche Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien in Gefahr.

Seit der Lockerung der Getreidezwangsverwirtschaftung durch die Freigabe eines Teiles der Ernte im freien Handel, sowie die Aufhebung der Verordnungen über die Verteilung von Brot und Kuchen zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß nunmehr die Unternehmer die Zeit für gekommen erachten, sich der lästigen Fesseln über das gesetzliche Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit zu entledigen.

Nach der Verordnung vom 23. November 1918 darf die Arbeit zur Herstellung von Brot- und Backwaren morgens erst um 6 Uhr aufgenommen werden. An den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen darf nur eine Stunde nach 6 Uhr abends Vorarbeit für die Wiederaufnahme der Arbeit an dem folgenden Tag verrichtet werden. Diese Bestimmungen werden jetzt schon, und besonders in den Kleinbetrieben, wo die Kontrolle außerordentlich erschwert ist, vielfach durchbrochen. Mit dem Beginn der Arbeit wird hier um einige Stunden früher angefangen. In der Nacht zu Sonn- und Feiertagen wird ebenfalls gearbeitet. Leider hat die gewerkschaftliche Organisation der Bäcker und Konditoren nicht die Möglichkeit, die Kontrolle so zu verschärfen, daß alle Gesetzesverstöße dem Strafrichter zugeführt werden können. Mit Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft wird es jedoch möglich sein, dieses Ziel zu erreichen.

Wie in allen Fällen bei Uebervachungen der Arbeiterschutzbestimmungen, so verlangen auch hier die Aufsichtsorgane vollständig. Die nach der Verordnung eingesetzten behördlichen Organe klammern sich überhaupt nicht um die Durchführung der Bestimmungen. In einigen Städten ist es vorgekommen, daß selbst die Polizeibehörden von dem Bestehen dieses Gesetzes nichts wissen. Auf Anzeigen durch die Gehilfenorganisation lehnte es sehr oft die Staatsanwaltschaft ab, gegen die Gesetzesübertreter einzuschreiten. Dort, wo aber den Anzeigen stattgegeben wurde, folgten lächerlich niedere Geldstrafen, die statt Abschreckung noch einen Anreiz zur Durchbrechung der Verordnung geben. Die organisierte Arbeiterschaft als Hauptstütze von Brot- und Backwaren kann dem Verbot der Bäcker und Konditoren bei seiner schweren Aufgabe zur Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen gute Dienste leisten, indem auch sie darauf achtet, daß in keiner Bäckerei und Konditorei die Arbeit vor morgens 6 Uhr begonnen wird und an den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen in den Bäckereien und Konditoreien nicht gearbeitet werden darf.

Erhöhung der Fahrpreise auf der Außen-Strassenbahn. Im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe gibt die Direktion der Leipziger Außenbahn-Aktien-Gesellschaft die Fahrpreiseränderungen bekannt, die infolge der eingetretenen Tarifierhöhung im Gebiet der Großen Leipz. Strassenbahn sich als unumgänglich notwendig erwiesen haben.

Vom städtischen Wohnungsbau. Das Wohnungsfürsorgeamt teilt uns über den Stand der Wohnungsneubauten mit: 1. Am 1. Oktober 1921 werden bezugsfertig 369 Wohnungen, 2. am 1. Januar 1922 werden bezugsfertig 302 Wohnungen, 3. bis 1. Januar 1922 werden im Rohbau fertig 122 Wohnungen.

Bevölkerungsvorgänge in der Stadt Leipzig. In der Woche vom 10. bis 16. Juli fanden 178 Eheschließungen statt. Lebend geboren wurden 219 Kinder; darunter waren 41 unehelich. Totgeboren wurden 11 Kinder. Es starben 143 Personen, darunter 21 an Tuberkulose. An Säuglingen unter einem Jahre starben 26. Selbstmord verübten vier Personen.

Die Wiederaufnahme des Verfahrens ist gegenüber den Urteilen der außerordentlichen Kriegsgerichte zugelassen worden, die nicht auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung, sondern auf Grund der früher geltenden gesetzlichen Vorschriften über den Kriegs- und Belagerungszustand eingeleitet worden sind. Dies gilt auch für die Urteile der außerordentlichen Gerichte, die auf Grund der Bestimmungen des Reichspräsidenten über die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit eingeleitet worden sind. Der Justizminister läßt jetzt feststellen, in wieviel Fällen Personen, die von außerordentlichen Kriegsgerichten und außerordentlichen Gerichten verurteilt worden sind, Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt, wann die Wiederaufnahme gewährt und was dabei herausgekommen ist. Die Staatsanwaltschaften sind angewiesen, die nötigen Angaben zu sammeln.

Keine Reichsdrehorgeln. Die Abgabe von Drehorgeln an Kriegsbeschädigte hatte eine Hauptfürsorgestelle beim Reichsarbeitsminister zur Sprache gebracht. Sie hatte angefragt ob die Lieferung im Fürsorgewege in Ausnahmefällen zulässig sei. Der Minister hat sich aber dagegen auf das entschiedenste gewandt. Er wiederhole die Auffassung, die er von jeher vertreten habe, daß Kriegsbeschädigte von allen Berufen fernzuhalten sind, die mittelbar einen Anreiz zum Betteln bieten können. Sollten Fürsorgestellen trotzdem in Zukunft Kriegsbeschädigten Drehorgeln be-

willigen, so müsse er eine Beteiligung des Reiches an den Kosten ablehnen. Im übrigen hätten die bisherigen Erhebungen keinen Anhalt für die Richtigkeit der Behauptung ergeben, daß Fürsorgestellen Kriegsbeschädigten Drehorgeln geliefert haben.

Was man nicht nach Amerika schicken darf. Die Einfuhr nach den Vereinigten Staaten unterliegt so mannigfachen und weitestgehenden Beschränkungen, daß wir einer neuen amtlichen Zusammenstellung für Postpakete nur das Wichtigste entnehmen können. Verboten sind u. a. Veröffentlichungen, die gegen die Gesetze über literarisches Eigentumsrecht der Vereinigten Staaten verstoßen; Lotterielose, Lotterie-Anzeigen und Rundschreiben, Anpreisungen für berauschende Getränke, Gifte, Opium außer zu Heilzwecken; berauschende Flüssigkeiten, Spirituosen, Weine, gemahlte und gegorene Stoffe, Farben und Chemikalien von Kohlenteepräparaten ohne Erlaubnis in Washington; tote Tiere, Reiterbüchse, Reiterfedern, Federn und Federpulven zum Schreiben, Gefieder von Raubvögeln, leicht verderbliche Früchte und Gemüse; überziehende Sachen, z. B. Käse; Gegenstände, die von Gefangenen hergestellt sind; unästhetische Gegenstände und Druckwerke; Kartoffeln aus Deutschland, Österreich und Ungarn; rohe Baumwolle und Federn. Tabak, Zigarren und Zigaretten dürfen nur in bestimmten Mengen und Päckchen eingeführt werden. Für Pflanzenlandungen bestehen besonders eingehende Vorschriften, ebenso für die Verpackung von Bienen und anderen Insekten. Pakete an verschiedene Personen dürfen nicht zu einer Sendung an einen Empfänger vereinigt werden.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Das Gewerbeamt schreibt uns: 'In letzter Zeit sind wiederholt aus Geschäftsinhaberkreisen Klagen darüber laut geworden, daß die über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe erlassenen Bestimmungen vielfach nicht eingehalten werden. Es wird deshalb an die Reisbekanntmachung vom 6. November 1919 erinnert, wonach u. a. der Verkauf von Bad- und Konditoreiwaren, soweit sie in Bäckereien und Konditoreien verkauft zu werden pflegen, sowie von Zigarren von 11 bis 1 Uhr mittags gestattet ist. Fleisch, Fleischwaren, frische Fische, frisches Gemüse und frisches Obst dürfen nur von 7 bis 9 Uhr vormittags, Milch von 8 bis 9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags verkauft werden. Der Verkauf ist nur für die in der erwähnten Bekanntmachung angegebenen Waren zulässig, insbesondere ist während der angegebenen Stunden jeder Verkauf von Nebenartikeln (z. B. Kolonialwaren usw.) verboten und strafbar. Die Einhaltung der Bestimmungen wird streng überwacht. Anzeigen wegen Zuwiderhandlungen werden unmissverständlich zur Weiterverfolgung an die Staatsanwaltschaft abgegeben.'

Sozialistische Proletarier-Jugend Stütz. Landhaus, Cde Thielmanns- und Zwanzurfer Straße. Donnerstag, 21. Juli, Bezirksversammlung. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Ferner, wer Sonnabend, 6.30 Uhr, mit zum Stützfest nach Grimma fährt, muß sich heute Donnerstag bestimmt melden. Nachquartier für Angemeldete vorhanden.

Sozialistische Proletarier-Jugend. Ortsgruppenleitung, Freitag, abends pünktlich 8 Uhr, wichtige Sitzung im Bureau, Braustraße 17. - Die für heute abend angelegte Probe zu Tolkers Wandlungen muß umständehalber ausfallen und findet am Montag statt.

Lebensmittellisten für Freitag, den 22. Juli.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Hammelfleisch (gute Qualität) an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegerversorgung ausgestellte Besorgungskarten: Buchstabe J-K, 9-3 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauamt II, rechts 1. Tür. Preis für 1 Pfund 5.80 Mk. Es erhalten bis zu 3 Köpfen 2 Pfund, 4 und mehr Köpfe 3 Pfund Fleisch. Einschlagpapier ist mitzubringen.

Soweit die ausgegebenen Kartoffelmarken noch nicht beliefert worden sind, werden die eingehaltenen Beträge an der Kasse des Ortsamtes für Kriegerversorgung zurückerstattet.

Radsport.

Wanderrfahrten oder Rennsport?

Die Sportbetätigung des Arbeiters hat sich auch im weitgehendsten Maße dem Radsport zugewandt. Nach ärztlichem Gutachten dehnt man beim Radsport durch das kräftige tiefe Atmen die Lungen und den Brustkorb aus. Durch die vermehrte Sauerstoffzufuhr wird das Blut gereinigt und mancher Krankheitsstoff ausgeschieden, der Körper abgehärtet und widerstandsfähiger gemacht. Schon manchem Arbeiter, der in seiner stützigen Stuben- oder Fabrikluft verkümmert wäre, hat das Radsport seiner Gesundheit vortreffliche Dienste geleistet. Mehr als irgend eine andere Sportart bringt das Wanderrfahren den Arbeiter hinaus in die freie Natur, in Auen und Wälder, über Berg und Tal. Bei ruhiger Fahrt von durchschnittlich 15 Kilometer die Stunde erzielt man die Ausdauer auch für größere Fahrten. Man lernt die nähere und weitere Umgebung seiner Heimat besser kennen, die herrlichsten Gegenden, die viele Fußgänger wegen der hohen Eisenbahnpreise nicht besuchen können. Dem Naturfreund bieten sich stets neue Reize und er vergißt dabei auch die Nachteile der Landstraße und freut sich schon auf die nächste Ausfahrt. Der Radsport, während der Ferien größere Wanderrfahrten von 8-14 Tagen zu unternehmen, nimmt ganz bedeutend zu. Der Arbeiter-Radsportler und Solidarität hat es stets als seine Aufgabe betrachtet, das Touren- und Wanderrfahren zu pflegen; er hat seine Mitgliederzahl von über 200 000 wohl in erster Linie dadurch erreicht. In diesem Jahre sind bereits 528 neue Ortsgruppen gegründet worden, und fast alle Ortsgruppen haben ganz erheblich an Mitgliedern zugenommen.

Betrachtet man dagegen das Rennfahren, so muß man gestehen, daß es eine sportliche Uebertreibung ist, die auch sehr gesundheitsschädlich wirkt. Den Vorteil davon haben in der Hauptsache nur die Fahrrad- und Gummifabriken, die damit für ihre Fabrikate Reklame machen, als ob der Sieg der Fahrer nur von ihrer Fabrikmarke abhinge. Es ist bekannt, daß Rennfahrer selten ein hohes Alter erreichen. Wenn sie nicht im Berufe verunglücken, gehen sie meistens an einem Herz- oder Lungenleiden zugrunde, soweit sie nicht noch rechtzeitig mit diesem wahnsinnigen 'Sport' aufhören. Man denke zum Beispiel nur einmal an einen solchen Widsinn wie ein Sechstagerrennen, wobei Tag und Nacht mit möglichst kurzen Pausen gefahren wird. So sieht man bei den Strassenrennen die Fahrer abgehört und verdrückt am Ziele ankommen; sie sind oft so ermattet, daß man sie vom Rade heben muß. Einige krasse Beispiele mögen zur Warnung für eine solche Beteiligung dienen: Bei dem Strassenmeisterfahrern von Deutschland erreichten von 30 Fahrern nur 4 das Ziel, alle anderen mußten das Rennen aufgeben. Bei der Fernfahrt Eisenach-Leipzig (175 Kilometer) wurde berichtet: Fast unkenntlich vor Schmutz erreichten die Fahrer nach anstrengender Fahrt das Ziel in Burghausen, ein großer Teil der Fahrer hatte ganz aufgegeben. Leider sind bei diesem Mißbrauch des Sportes fast nur Arbeiter tätig, deshalb rufen wir denselben zu: hört auf mit diesem Sportauswüchsen und tretet ein in den

Arbeiter-Radsportlerbund 'Solidarität'

wo ihr auch einen gesundheitsfördernden Sport betreiben könnt. Die Arbeiterschaft wird gebeten, die Arbeiter-Radsportler zu unterstützen in ihrem Bestreben, den Rennsport zu bekämpfen, indem sie aus ihren Arbeitsplätzen oder bei sonstiger Gelegenheit auffierend wirkt. Ihr jugendlichen Radsportler aber kommt zu uns, ihr werdet auch in unseren Reihen wohlzufühlen.

Arbeiter-Radsportlerbund 'Solidarität' J. A.: Georg Kühn.

Sundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

XII.

Peter wartete bis die Dunkelheit kam, dies schmeichelte seinem Sinn für Romantik — auch erkreuzte es seine Eitelkeit, indem er sich vorsichtig nach allen Seiten umschaute, da er die Straße entlang schritt. Er wußte nicht recht, wer ihn eigentlich beobachtete, da er jedoch ein Spitzel war, wollte er sich auch spitzelhaft benehmen.

Außerdem quälte ihn echte Sorge. Er hatte die Wahrheit gesprochen, da er Guffey erklärte, er wisse nicht, was ein Koter sei; selbst wenn jedoch hatte er darüber Erkundigungen eingegeben und wußte es nun. Ein Koter war ein Mensch, der mit Organisationen und Streiks sympathisierte, der die Reichen ermorden und ihren Besitz aufsteilen wollte, und Dynamit, als das raschest wirkende Mittel, für das geeignetste hierzu hielt. Wie Koten verfertigen Bomben, tragen verborgene Waffen bei sich, vielleicht auch Gifte — wer kann es wissen? Und jetzt geht Peter unter sie, soll einer der ihnen werden. Es war fast zu interessant für einen Menschen, der vor allem die Bequemlichkeit liebte. Etwas in ihm flüsterte: „Weshalb nicht entfliehen, die Stadt verlassen, der ganzen Sache ein Ende machen?“ Dann jedoch dachte er an die Belohnungen und Würden, die ihm Guffey versprochen hatte. Meistens empfand er auch echte Reue. Er hätte nicht sein Leben lang so leben wollen, doch wollte er jetzt das Leben eines Spitzels auskosten.

Er erreichte die Nummer, die ihm angegeben worden war, ein winziges Haus in einem ärmlichen Viertel, und läutete an der Tür. Ein Mädchen öffnete, und Peter erkannte sogleich, es sei das Mädchen, das ihn am Nachmittag angesprochen hatte. Sie wartete kein Wort von ihm ab, rief impulsiv: „O, Herr Gudge! Ich bin so froh, daß Sie gekommen sind!“ Dann fügte sie leiser „Genosse“ hinzu, als ob Peter ein bewährter Freund wäre, fragte aber auch scharf im gleichen Atemzug: „Sie sind doch ein Genosse?“

„Wie meinen Sie das?“ fragte Peter. „Sind Sie nicht Sozialist? Wir werden Sie schon dazu machen.“ Sie führte ihn in ein Zimmer, rückte einen Stuhl zurück, jagend: „Ich weiß, was man Ihnen angetan hat und wie Sie alles erduldet haben. Sie waren wunderbar, — wunderbar!“

Peter suchte vergeblich nach Worten. Des Mädchens Stimmung nicht nur bewundernd, sondern auch jählich, und Peter hatte in seinem harten Leben wenig mit derartigen Gefühlen zu tun gehabt. Wohl hatte er das Rollen und Flitzen kokettierender Mädchen beobachtet, aber dieses Mädchen kokettierte nicht. Ihre Stimme war weich, scharf etwas zu ernst für ein junges Ding, ihre tief-begleitenden wehmütigen grauen Augen ruhten auf Peter mit der liebenden Sorge einer Mutter, deren Kind eben einer Gefahr entronnen ist.

Sie rief: „Sadie, Herr Gudge ist gekommen.“ Und ein zweites Mädchen, älter, höher gewachsen, doch ebenso mager und blaß wie die Schwester, betrat das Zimmer. Die Mädchen hießen Jennie und Sadie Todd, die ältere war Stenographin, erhielt die Familie. Beide Mädchen schienen äußerst erregt. Sie begannen Peter nach seinen Erlebnissen zu befragen, doch hatten sie kaum ein paar Minuten gesprochen, als die ältere schon an ein Telefon eilte. Einige Personen, gemischte Personen, mußten sofort mit Peter sprechen, hatten gesehen, gleich von seiner Ankunft verständigt zu werden. Das Mädchen verdrängte geräuschvoll ein Telefon, und die Leute, mit denen sie sprach, mußten ihrerseits auch noch Leute antelephonieren haben, denn während der nächsten Stunden flutete unentwegt ein Menschenstrom ins Zimmer, und Peter mußte seine Geschichte immer wieder und wieder erzählen.

Als erstes erschien ein riesenhafter Mann mit hartem Mund und einer so gewaltigen Stimme, daß Peter erschrak. Es wunderte ihn keineswegs, da er erfuhr, dieser Mann sei der Führer der radikalsten Gewerkschaft der Stadt — der der Matrosen. Ja, das war der richtige Kote, er entsprach völlig Peters Vorstellung — ein grimmierter, gefährlicher Mensch, den man ordentlich in der Rolle des Samson sah, wie er die Säulen der Gesellschaft zerbrach und niederreißt. „Man hat Ihnen Angst eingejagt, mein Junge“, sagte er, bemerkend, wie zögernd und stotternd Peter auf seine Fragen antwortete. „Nun, mir jagen sie seit fünfundsiebzig Jahren Angst ein, ich lasse es mir bloß nicht anmerken.“ Um Peter zu erheitern und seine Nerven zu beruhigen, erzählte er ihm, wie er, als desertierender Matrose, durch die Wälder von Florida mit Hunderten gehebt und schließlich an einen Baum gebunden und halb totgeschlagen worden war.

Dann kam David Andrews, von dem Peter wußte, daß er einer der Advokaten im Prozess Soober sei, ein hochgewachsener, vornehm aussehender Mann mit scharfen, klugen Zügen. Was tat dieser Mensch hier unter den Ausgestoßenen? Peter glaubte, der Advokat gehöre wohl zu den Geriebenen, die durch Aufhebung der Unzufriedenheit Geld machen. Nach ihm erschien ein junges Mädchen, zart, empfindsam und etwas verkrüppelt. Da sie das Zimmer durchschritt, um Peter die Hand zu reichen, rollten ihr Tränen über die Wangen, und Peter verfiel etwas verlegen, fragte sich, ob sie wohl gerade einen nahen Anverwandten verloren habe und ob er ihr sein Beileid aussprechen müsse. Doch erfuhr er zu seiner größten Befriedigung aus ihren ersten Worten, daß sie von der Geschichte seiner Leiden bis zu Tränen gerührt worden sei.

Diese Ida Ruth war eine Dichterin, und für Peter ein neuer Typus. Nachdem er sich über sie den Kopf zerbrochen hatte, kam er zu der Folgerung, sie sei eine der Betrogenen der Bewegung — ein armes, sentimentales, kleines Kind, das nicht ahnt, in welcher verberberischer Umgebung es sich befindet. Mit ihr kam ein junger Quäker mit klarem, astetischem Gesicht und schwarzen in die Augen hängenden Locken; er trug eine Windrockwatte und einen schwarzen Filzhut sowie andre Zeichen der Exzentrikität. Aus seinen Reden entnahm Peter, der junge Quäker sei bereit, im Interesse des Pazifismus alle Regierungen der Welt in die Luft zu sprengen. Das gleiche galt auch von Mr. Cornid, einem der W.W.-Führer (Industrie-Arbeiter der Welt), der eben letzten Tage im Zuchthaus gesessen hatte, einem schwelgen jungen Irlander, mit zusammengekniffenen Lippen und rubelosen schwarzen Augen, der Peter Unbehagen verursachte, indem er ihn stumm und forschend betrachtete.

XIII.

Und noch immer kamen Leute, einzeln und in Gruppen, alte und junge Frauen, alte und junge Männer, Fanatiker und Träumer, Agitatoren, die nicht den Mund zu öffnen vermochten, ohne daß ihm weisheitsvolle Worte entströmten, lodernbe Leidenschaft veratend. Peter fühlte sich immer unbehaglicher, da er erkannte, er befände sich unter den allergefährlichsten Koten von American-City. Dies waren die Menschen, die von den ordnungsliebenden Bürgern gefürchtet wurden, die der Polizei mehr Sorge verursachten, als alle gewöhnlichen Einbrecher und Banditen zusammen. Peter erkannte nun auch die Ursache derartigen Gefühls. Er hatte nicht geglaubt, daß es auf der Welt so zorn- und haß-gequälte Leute gebe. Derartige Menschen waren zu allem fähig! Peter sah heiß auf seinem Stuhl, seine Hände wanderten rubellos von einem zum andern. Welcher von diesen Menschen hatte die Bombe geworfen? Würden sie heute abend damit prahlen?

Peter erwartete dies eigentlich, doch fühlte er sich dessen dennoch nicht sicher. Es waren festsame Verbrecher. Sie nannten ihn „Genosse“, sprachen mit der gleichen Liebe zu ihm, die ihn bei der kleinen Jennie in Erläuterung verfehlt hatte. War dies eine List, um sich in sein Vertrauen einzuschleichen, oder vermeinten

erese Leute, ihn wirklich gern zu haben — ihn, Peter Gudge, den Fremden und geheimen Feind? Peter betrachtete sie, während er ihren Reden lauschte, sagte er zu sich selbst: „Arme Narren!“

Sie waren alle gekommen, um seine Geschichte zu hören, bestärkten ihn mit Fragen, liehen ihn alle Einzelheiten immer wieder und wieder erzählen. Peter hatte natürlich sorgfältige Instruktionen erhalten; er durfte nichts von dem Geständnis, das er unterschrieben hatte, verlautbaren, dies gäbe den Feinden des Gesetzes und der Ordnung eine allzu gefährliche Waffe in die Hand. Er mußte die Geschichte so kurz wie möglich erzählen, wie er sich am Ort der Katastrophe befunden habe und wie die Polizei verfuhr hatte, ihn zu dem Geständnis zu zwingen, daß er etwas über das Bombenattentat wisse. Adies berichtete Peter, doch war er nicht auf das peinliche Ausfragen vorbereitet, dem er von Andrews, dem Advokaten, und dem alten John Durand, dem Führer der Matrosen, unterzogen wurde. Sie wollten genau wissen, was ihm geschehen war, wer ihn gefoltert hatte, wo, wie, wann und weshalb? Peter hatte Sinn für das Dramatische und genoß es, der Mittelpunkt des Interesses zu sein, sogar wenn dies bei den verbrecherischen Koten war. Er schilderte bildhaft, wie Guffey ihn in ein Verließ geworfen, ihm das Handgelenk bald ausgesetzt hatte; die Erinnerung an den Schmerz war noch frisch und verhalf seinen Worten zu einem Realismus, der fastherziger Menschen gerührt hätte.

Die Frauen begannen denn auch bald zu weinen und zu schluchzen, die kleine Ida Ruth wurde inspiriert und begann ein Gedicht zu diktieren — oder verfasste sie es am Ende gar, während sie sprach? Sie schien außer sich vor Empörung. Im Gedicht war die Rede vom Zustand des Proletariats — vom Aufstand der Masse:

„Unser Rücken ist blutig! Du unbarmherziger Feind, steig schleunigst ab!
Wir werfen dich sonst in das Höllengrab.“

Peter lauschte und dachte bei sich: „arme Narren!“ Und dann erhob er sich. Donah Gordon, der junge Quäker, schüttelte die schwarzen Locken zurück und begann eine Rede zu halten. Und Peter lauschte und dachte abermals bei sich: „armer Narr!“ Ein anderer Mann, Redakteur an einer sozialistischen Zeitung, gestand, daß er eben einen Zeitartikel verfasste; er fenne Guffey und werde Guffeys Bild veröffentlichen, ihn als „Inquisitor“ brandmarken. Er verlangte auch Peters Bild, und Peter versprach, sich photographieren zu lassen; unter Peters Bild sollten die Worte kommen: „Das Opfer des Inquisitors.“ Peter hatte keine Ahnung, was dieses lange Wort bedeutet, doch willigte er in alles ein, dachte nur immer: „arme Narren.“ Sie waren alle Narren, regten sich über die Leiden anderer auf.

(Fortsetzung folgt.)

Führungen durch das Leipziger Kunstgewerbemuseum.

II.

Die Zeit um das Jahr 1500 ist eine Schicksalszeit für die Kulturgeschichte Europas. Bis dahin konnte wohl noch kein Mensch ahnen, welche Richtung die europäische Kulturentwicklung nehmen würde; um diese Zeit treten die ersten prophetischen Genies auf, die die zukünftige Entwicklungslinie ahnen und für sie die Grundgesetze schaffen. Im Mittelalter herrscht in der geistigen Welt eine Mischung von nordischem Erlösungsdrang und orientalischem christlicher Mystik, jedenfalls eine durchaus „metaphysische“, aufs Jenenseits gerichtete Seelenverfassung, die ihren Ausdruck gleichermaßen im mystischen Himmelsstreben gotischer Dome findet wie in den scholastischen Systemen der mittelalterlichen Philosophie. Im soziologischen Aufbau vollzieht sich während des späten Mittelalters eine große Bewegung, die von der Abels- und Rittersherrschaft des 13. Jahrhunderts aus bis zur Thronbesteigung des städtischen Bürgertums führt, von einer starken Gebundenheit des Einzelmenschen an seine Klasse, wie sie im mittelalterlichen Gildewesen zum Ausdruck kommt, bis zur freien Loslösung des Individuums und seiner Selbstverantwortung.

Die „Renaissance“ ist es, die diese Entwicklungslinien zum Abschluß bringt und die Hauptrichtungen weist für die Kulturentwicklung bis zur Jetztzeit. Sie befreit im allgemeinen auf geistigem Gebiet das metaphysisch-spekulative Forschen und legt an dessen Stelle die Anfangsgründe der Forschungsmethode, die wir jetzt die naturwissenschaftliche nennen: sie ist die erste große „Aufklärungszeit“ Europas. Die Verweltlichung des Denkens und Fühlens bringt sogar in die katholische Kirche ein und führt eine Reihe Päpste auf den Stuhl Petri, die nichts weniger sind als kirchliche Fürsten. Zugleich hat sich eine neue Oberschicht, man kann sogar sagen, ein neuer Adel aus dem städtischen Bürgertum gebildet, das jetzt das Bild der gesamten Kultur der Zeit beherrscht. Der große wirtschaftliche Wohlstand dieser Kreise, der zum großen Teil auf dem blühenden Handel der Zeit, zum kleineren auf der beginnenden Industrie beruht, ermöglicht eine glückliche Freiheit und Ungebundenheit im ganzen Leben und ein großes Interesse für die Kunst, die jetzt zum erstenmal Luxus wird, während sie bisher unmittelbarem seelischen Ausdrucksbedürfnis entsprang.

Der Charakter der Renaissance-Kunst muß also nach dem Geлагten ein grundsätzlich stark von dem der gotischen Kunst verschiedener sein. Früher eine Kunst, die aus dem Ausdrucksdrang einer im Diesseits nicht Genüge findenden und deshalb nach einem Jenenseits suchenden Menschheit hervorwuchs und von allen den gruppenmäßig eng verbundenen Volksschichten getragen wurde, jetzt eine Kunst, die dem Schönheitsbedürfnis einer wohllebenden und mit verfeinerten Sinnen an dieser Welt mit ihren Schätzen hängenden Gesellschaft entgegenkommt und als Luxus nur von den Gesellschaftsschichten gefördert werden kann, die wirklich auf den Höhen dieser Welt wohnen. (Es gibt daneben noch immer eine dienende Unterwelt, die an allen diesen Kulturdingen unbeteiligt ist, und diese Zweiteilung der Gesellschaft läßt in der Renaissance zum erstenmal für Europa seit der Antike die soziale Frage in größerem Umfang auftauchen und brennen werden.)

Es ist sehr schwer, den Schönheitsbegriff, den die Renaissance zum erstenmal in die Kunst einführt, streng in Worte zu fassen. Für die gotische Kunst war oberstes Gesetz der möglichst intensive Ausdruck der drängenden und unbefriedigten Gefühlswelt im Menschen, für die Renaissance ist es die sinnliche Wohlgefühltheit der Kunstgebilde und die Auslösung eines ruhigen, sicheren Weltgefühls im Kunstgenießenden, wie es die Zeit liebte. Wenn die gotische Kunst ein enträumtes und ersehntes Jenenseits verkörperte, sucht die neue Kunst die Reize dieser Welt. Das führt zu einem künstlerischen Studium der Natur, wie es das Mittelalter nie gekannt hat.

Italien ist der eigentliche Mutterboden der Renaissance, und wir werden uns zunächst an die italienischen Schätze unseres Museums halten, wenn wir ein möglichst klares Bild von dieser großen Kulturbewegung haben wollen. Diese sind zum größten Teile untergebracht im Raum IX, dem letzten der zwei links an das dem Treppenhau gerade gegenüberliegende Zimmer anstoßenden Räume im ersten Stockwerk.

Das damalige Italien ist in seiner Kulturentwicklung dem übrigen Europa um eine gute Zeitspanne voran, und so dürfen wir uns nicht wundern, wenn die zwei Reliefs an den Enden der linken Seitenwand des Raumes, das hintere ein Tabernakel-

rahmen in der Art des Arnabos, das vordere eine Madonna mit Kind von Rossellino, die beide aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts stammen, schon deutliche Renaissancezüge tragen, während die Schnitzereien Deutschlands um 1500 noch vorwiegend gotischen Charakters sind. Wir sehen an dem Tabernakelrahmen eine streng architektonisch-perspektivische Komposition, der die Figuren eingeordnet sind. Die Architektur-Darstellung ermöglicht die Anwendung einer Perspektive, die Tiefe vortäuscht, und die auf dem Zusammenlaufen der senkrecht in die Tiefe führenden Linien in einem Verschwindungspunkt beruht. Diese Linearperspektive ist eine Entdeckung der Renaissance, die Gotik ahnte wohl ähnliches, vermochte es aber nie zu exakter Gestaltung zu bringen. Auch diese Entdeckung ist eine Frucht des Eindringens in die Natur, wie es die Renaissance in der Kunst zur Förderung machte. Durch diese Wirkung und die Massigkeit der triumphbogenartigen Architektur gewinnt das Werk schon einen monumentalen, schweren, beruhigenden Charakter, der durch die einfache, klare Haltung der Figuren noch verstärkt wird, obwohl diese, besonders links, noch nicht frei und selbstlicher in ihrer Bewegung sind. Weiter ist die Befreiung schon in dem andern Relief von Rossellino gelungen. Auch hier ein monumentaler Gesamtaufbau, diesmal aber unter Verzicht auf Architektur nur durch die Gestalten selbst erreicht, die von breiter Grundfläche emporwachsen und sich nach oben verjüngen. Die Madonna hat eine aufrechte und freie Haltung von großer Würde und ist in den Körperformen wunderbar naturalistisch gefärd und verklärt. Den Abschluß dieser Bewegung auf dem Gebiete der Darstellung der menschlichen Gestalt zeigt uns das Madonnenrelief des Francesco Guardi, das um das Jahr 1500, zur Zeit der italienischen Hochrenaissance, entstanden ist und sich an der rechten Seitenwand des Raumes befindet. Hier muß dem Künstler wohl eine völlige naturalistische Beherrschung der menschlichen Gestalt nachgerühmt werden, die die Hochrenaissance kennzeichnet. Daneben zeigt sich wieder ein Streben nach ruhiger Monumentalität durch den von breiter horizontaler Basis aufsteigenden und nach oben immer leichter werdenden Figurenaufbau. Was aber das Charakteristische des Werkes ausmacht, ist die wundervolle sinnliche Anmut seiner gerundeten Formen, die klärende Vereinfachung der Gewandbehandlung und die Beruhigung sämtlicher Linien, die eine wunderbare Schönheit über das Werk ausgießen, wie sie seit dem klassischen Altertum in Europa nicht mehr gesehen worden war. Diese gefärdete sinnliche Schönheit ist das Wesen der Kunst der Hochrenaissance.

Ebenso deutlich wie in der freien Plastik zeigt sich das neue Stilempfinden in der Architektur, und wir müssen uns mit den auf diesem Gebiet neu auftauchenden Gestaltungsprinzipien vertraut machen, weil nur von hier aus der Formenschatz des Kunstgewerbes der Renaissance verständlich wird. Die Gotik ließ ihre Architektur aus dem Boden emporwachsen und in einem steilen Aufwärtstreben zahlloser senkrecht verlaufender Gebäudeteile, Pfeilerbündel, Türme und Türmchen sich in spizen Gewölben und spizen Dächern ohne hemmenden horizontalen Gegenhalt nach oben auslösen. So kommt das eigenartige, an Schwindel erinnernde Gefühl zustande, das man beim Anblick und beim Betreten gotischer Dome hat. Die Linien, die den Blick immer wieder zwingen, nach oben zu wandern, scheinen ohne Abschluß in den unendlichen Raum weiter zu verlaufen. Der Mensch der Renaissance sucht ein ganz anderes Gefühl an seiner Architektur zu erleben. Er empfindet zum erstenmal, daß das Material, mit dem er baut, Schwere hat und deshalb nicht den Himmel erstürmen kann und erstürmen darf. Denn er scheut solche eckstatischen Schwindelzustände, wie sie die Gotik liebte. Und so versucht er, den entgegengelegten Eindruck eines völligen, ruhenden Gleichgewichts in seinen Bauten zu erzeugen. Hierzu können ihm die Tempelbauten der Antike, die ein ähnliches Bestreben haben, zu Vorbildern dienen, und so wird jetzt die antike Baukunst studiert und nach Möglichkeit ausgewertet.

Das in der Renaissance auf Grund ihres Strebens nach Klarheit im Sinne natürlicher Gestaltung neuerstandene Gefühl für das Gleichgewicht von getragener Last und tragenden Gebäudeteilen führt zu einer strengen Scheidung der Gebäudeglieder in diese zwei Gruppen. Die lastenden Teile werden nach Möglichkeit durch horizontale Gliederung, die natürlich für jede lastende Masse, als solche kenntlich gemacht. Die tragenden Teile werden senkrecht gestellt und durch besondere Formung als Säule u. ä. von den andern deutlich abgehoben. Unerlöschlich ist die Renaissance in der Gestaltung der Übergangsglieder zwischen diesen beiden Hauptteilen der Gebäude, den Kapitellen, Gesimsen usw. Als Abgrenzung gegen den Erdboden und als Unterlage, die die limitierenden im Gebäude auftretenden Kräfte sammelt, wird eine breitere Basis unter das Ganze geschoben, so daß wirklich der Eindruck eines völligen in sich geschlossenen und abgeschlossenen Baues erreicht wird.

Alle diese neuauftretenden Formungen sind ein Ausdruck des Empfindens für die natürlichen Kräfteverhältnisse und Kräftebeziehungen, die in einem Gebäude auftreten und damit ein Zeichen für das neue Naturgefühl der Renaissance, das sich nicht nur an Dingen der belebten Natur äußert, sondern auch physikalische Kräfte und Gesetze umfaßt. Es zeigt sich an diesen künstlerischen Erscheinungen deutlich, daß die Renaissance auch die Geburtsstunde der neueren Physik ist, was uns ihre Literatur natürlich bestätigt.

Nach dem Erlaß dieser künstlerischen Grundprinzipien wird es uns nun möglich sein, mit vollem Verständnis an die einzelnen Formungen der Renaissancestil heranzutreten, die uns das blühende Kunstgewerbe dieser Zeit zeigt, und die bis zur heutigen Zeit ihre Lebenskraft behalten haben und noch heute eine große Rolle im Kunstgewerbe spielen.

Pz.

Städtische Theater. Bei der günstigen Aufnahme, die das Gastspiel des Wiener Buztheaters gleich am ersten Tage gefunden hat, hat die Intendanz eine Verlängerung desselben bis Sonnabend, den 23. d. M., erreicht, um zugleich auch einem vielfach geäußerten Wunsch entsprechend den Anrechtshabern der zweiten Folge (Loi) die Gelertheit um Besuch zu geben.

Der Vokalchor Dresden-N., Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, bestehend aus 200 Sängern und Sängerinnen, gibt am 31. Juli, abends 7 Uhr, ein Konzert in der Thomaskirche. Das Programm bringt Männer-, Frauen- und gemischte Chöre von Jakob Händel, Russo, Palestrina, Heinrich Schütz und Joh. Seb. Bach, also Musikwerke aus der Zeit von 1528—1750. Mitwirkende sind Herr Günther Ramin (Orgelvortritte) und Frä. Marga Höpfer, Leipzig. Mit gleichen Aufführungen hat der Chor in Dresden großen Erfolg gehabt. Es ist zu erwarten, daß sich auch hier in Leipzig das gleiche Interesse für seine Darbietungen zeigen wird. Eintrittskarten für 3.60 M. inkl. Steuer sind in allen Volkszeitungsstellen und bei den Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes zu haben.

Eingelaufene Schriften.

Wilhelm Bölsche, Der Zauber des Königs Arpos. Eine heitere Geschichte. Verlag Karl Reipner, Dresden.
Prof. Dr. H. Loewy und Prof. Dr. Georg Meyer. Vademecum und Rettung bei Eintrittsungsgefahr. Im Auftrag des Ministeriums für Volkswohlfahrt herausgegeben. Verlagsbuchhandlung Richard Schoetz, Berlin, Wilhelmstraße 10. Preis 2.60 M.

